

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strauße 17/18, und durch Postbesteller zu beziehen. Preis vierteljährlich 3 Mk. 50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 3 Mk. 50, frei ins Haus 3 Mk. 90, wo keine Post am Orte. 31. 3. 11.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Informationen über den Krieg für die christliche Weltanschauung über den Krieg 25 Pfennige, für Werbemittel, Briefe und Veranlassungen 15 Pfennige, Wochensatz 30 Pfennige. Anträge für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1204.

Nr. 245.

Breslau, Mittwoch, den 19. Oktober 1910.

21. Jahrgang.

Das neue Stellenvermittler-Gesetz.

Die vielen bitteren Klagen über die Mißstände, welche die gewerksmäßige Stellenvermittlung gezeitigt hat, hat endlich dazu geführt, daß die Gesetzgebung sich der Sache annahm und ein besonderes Stellenvermittlergesetz schuf, das mit dem 1. Oktober in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz entspricht nicht voll und ganz den Wünschen der Berufsgruppen, die unter der Verwahrung der gewerksmäßigen Stellenvermittler zu leiden haben. Es sind das außer den Diensthilfen und den landwirtschaftlichen Arbeitern vor allem die kaufmännischen Angestellten, ferner die Schlichter, Häcker, Wärtner usw. Diese verlangen seit Jahren die gänzliche Beseitigung der gewerksmäßigen Stellenvermittler und obligatorische Errichtung von öffentlichen Arbeitsnachweisen, die vom Staat und Kommune zu unterhalten sind. So weit ist der Reichstag nicht gegangen. Die einzige Partei, die für diese Forderung eintrat, war die sozialdemokratische. Ihr wurde von Regierungs-Vertretern und von den Vertretern der anderen Parteien entgegengehalten, daß hierfür die Zeit noch nicht reif sei, daß die gewerksmäßige Stellenvermittlung noch nicht gänzlich zu entbehren wäre; prinzipiell hat sich außer der freimütigen Partei niemand gegen diese Forderung ausgesprochen.

Die Beschwerden über die gewerksmäßigen Stellenvermittler und Gesindevermieter beschränkten sich nicht auf die Höhe der Gebühren. Direkte Uebersicht, Betrug, Fälschung, Verleitung zum Stellenwechsel und sonstige unläutere Manipulationen gegen Unternehmer und Angestellte wurden in unzähligen Fällen unter Beweis gestellt. Kellner hatten nicht selten Gebühren zu zahlen von 30, 50, 100 Mark und darüber. In welsch slavischer Abhängigkeit die Schauspieler und Schauspielerinnen häufig von den Agenten gehalten wurden, ist genügend bekannt. Dem flehenden Seemann wurde vom Feuerbas (Stellenvermittler) in Gemeinschaft mit dem Schlafbas (Schlafwirt) und dem Händler mit Ausrückungsgegenständen das schwer verdiente Geld abgenommen.

Die Gesetzgebung hat schon mehrfache Versuche gemacht, diesen Mißständen abzuhelfen. Durch die Gewerbe-Novelle vom 30. Juni 1900 wurde für die Stellenvermittler der Konzessionszwang eingeführt. Danach ist die Erlaubnis zu verfahren, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Bezug auf den Gewerbebetrieb darthun. Auf Grund des § 38 Absatz 1 desselben Gesetzes wurde den Bundesstaaten die Befugnis erteilt, noch besondere Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler zu erlassen. Von dieser Befugnis haben auch sämtliche Bundesstaaten Gebrauch gemacht. 1907 wurden diese Bestimmungen verschärft.

Den gewünschten Erfolg haben alle diese Vorschriften jedoch nicht gehabt. Die Stellenvermittler fanden Hinterlistern genug, durch die sie entziffern konnten. Durch das neue Gesetz vom 2. Juni 1910 wird die Materie gleichmäßig über das ganze Reich geregelt.

Man kann ohne weiteres anerkennen, daß die Gesetzgebung sich bemüht hat, die geeigneten Mittel zu finden, die vorhandenen Mißstände zu beseitigen. Noch mehr, in der Begründung des Gesetzes, sowie in den Kommissionsberathungen und im Plenum des Reichstages ist unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen, daß mit dem Gesetz die Einschränkung der gewerksmäßigen Stellenvermittlung und deren schließliche Beseitigung bezweckt wird.

Der Artikel I des Gesetzes legt fest, was unter „Gewerksmäßige Stellenvermittlung“ zu verstehen ist, er faßt diese Begriffe viel weiter. Die Theateragenten, die Herausgeber von Balanzentisten werden als gewerksmäßige Stellenvermittler angesehen. Auch solche Personen, die nur einen mittelbaren Gewinn durch Vermittlung von Stellen erzielen, so die Inhaber von Fachschulen, Gastwirte, Zimmervermieter, Kleiderhändler, die ihren Kunden Stellung vermitteln, werden, selbst wenn sie die Vermittlung kostenlos befragen, dem Konzessionszwang unterworfen. Entscheidend ist die Absicht der Gewinnerzielung in irgend einer Form. Die Erteilung der Erlaubnis zur Stellenvermittlung ist an viel schärfere Vorbedingungen geknüpft. Die Unzuverlässigkeit ist auch dann gegeben, wenn sie in den „persönlichen Verhältnissen“ des Betreffenden zu finden ist. Der Fall, der im Reichstag von Regensburg mitgeteilt wurde, wo ein Kaufmann die Stellenvermittler-Konzession erhielt, trotzdem seine Frau ein Bordell innehatte, kann in Zukunft nicht mehr vorkommen, denn die „ganz persönlichen Verhältnisse“ des Nachsuchenden sind erst genau zu prüfen. Dagegen sind die Möglichkeiten, dem Stellenvermittler die Konzession wieder zu entziehen, vermehrt und erleichtert. Eine zweimalige Bestrafung wegen Ueberschreitung der Gebühren, Annahme von Vergütungen, Ausübung eines Nebenberufes oder sonstige Verstöße gegen das Gesetz beziehungsweise die bundesstaatlichen Vorschriften (die bisher schon für eine Anzahl Bundesstaaten erlassen sind), genügt, um das Verfahren auf Konzessionsentziehung mit Erfolg einzuleiten.

Von besonderer Bedeutung ist die Bedürfnisfrage. Diese ist zu betonen, wenn für eine Gemeinde oder den wirtschaftlichen Bezirk ein öffentlicher, gemeinnütziger Arbeitsnachweis in ausreichendem Umfang besteht. Da die Stellenvermittler anzugeben haben, für welche Berufe sie vermitteln wollen, so kann ihnen zum Beispiel die Erlaubnis, gastwirtschaftliches Personal für einen bestimmten Bezirk zu vermitteln, verweigert werden, sofern für diesen ein öffentlicher beziehungsweise städtischer Arbeitsnachweis für den bezeichneten Beruf besteht. Einen besonderen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand bringt der § 5 des Gesetzes, wonach in Zukunft die Polizeibehörden die Tarife festzusetzen haben, während bisher die Stellenvermittler nach eigenem Gutdünken tun durften; diese hatten ihre Tarife lediglich der Polizeibehörde zur Genehmigung einzureichen. Vorher sind die beteiligten Kreise, Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Stellenvermittler, zu hören.

Das letztere ist zwar auch in Breslau geschehen, den Wünschen der Arbeitnehmer aber ist in keiner Weise Rechnung getragen worden. Die von Seiten der Polizeibehörde für Breslau festgesetzten Tarife sind ungeheuer hoch und nach der Art ihrer Aufstellung auch gänzlich ungeeignet, Umgehungen zu verhindern. Zunächst ist es schon ein Fehler, die Tarife nur für die Stellenvermittler „innerhalb der Stadt Breslau“ festzusetzen; diese sollten vielmehr für einen wirtschaftlichen Bezirk (für Breslau mit Vorort) die gleichen sein.

Für Personen mit festem Jahreslohn (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Arbeiter, Tagelöhner, die uneheliche Knechte und Mägde) sind die Gebühren nach dem Jahreseinkommen geregelt und erreichen schon bei einem Jahreseinkommen von 2500 bis 3000 Mark die exorbitante Höhe von 50 Mark. Bei noch höherem Einkommen steigen dann die Tarife für jedes weitere Tausend um je 20 Mark.

Dienstmädchen mit einem Barlohn von 300 Mark jährlich (die Naturalleistung wird mit einer Mark pro Tag hinzugerechnet) würden nach der Lage gegen 8 Mark Gebühren zu zahlen haben. Für Land-, Forst- und gartenwirtschaftliche Beamte ist eine Rate von 4 Prozent vom Jahreseinkommen festgesetzt. Für landwirtschaftliche Arbeiter, Tagelöhner und uneheliche Knechte und Mägde sind 5 Mark für die Person zu zahlen.

Nun aber zu den Tarifen für die Angestellten im Gast- und Hotelgewerbe. Ein Hotelportier soll 30 Mark, ein Oberkellner oder Zahlkellner 25 Mark, ein Kellner in Weinstuben 20 Mark, Restaurantkellner 15 Mark, ein Soakellner 10 Mark bezahlen. Für die Hotelhausdiener ist eine Rate von 10 Mark festgesetzt, und sogar die Zimmermädchen sollen 10 Mark für ihre Stellen bezahlen. Hotelaufwärtserinnen und Kellnerlehrlinge sind mit 5 Mark beziehungsweise 4 Mark angesetzt. Das Ausschließpersonal soll für einen oder einen halben Tag und für die Person dem Stellenvermittler 40 Pfennig bezahlen.

Das sind die Tarife, die die Breslauer Polizeibehörde im Interesse der Angestellten festgesetzt hat. Man vergesse hiermit den Berliner Tarif, der, was das Hotelpersonal anlangt, kurz festsetzt:

Für Aufsichtspersonal (Direktoren, Geschäftsführer usw.) 6 Mk.
Für Kellner aller Art, Küche etc. 4 Mk.
Für alles sonstige männliche und weibliche Personal 2 Mk.
Ausschließpersonal für jeden Vermittlungsfall 20 Pf.

An dem letzteren Posten (Ausschließarbeiten) steht man recht deutlich, wie sehr die Breslauer Polizeibehörde bestrebt war, den Stellenvermittlern auch für die Zukunft ihr bisheriges Einkommen zu sichern. Im Berliner Tarif heißt es: „Für jeden Vermittlungsfall“. Die Ausschließarbeit kann also zwei, drei oder noch mehrere Tage dauern; wenn sie bei dem Vermittler auf einmal bestellt wurde, hat er nur einmal die Mühe des Ausschreibens eines Arbeitscheines und darf demzufolge auch nur einmal bezahlt nehmen. In den Ausführungsbestimmungen des preussischen Handelsministeriums sind die Verwaltungsbehörden ausdrücklich angewiesen worden, die Gebührensätze wesentlich unter die jetzt üblichen herabzusetzen. Es ist nicht Aufgabe der Behörde, den Stellenvermittlern auch weiterhin unter allen Umständen die glänzende Existenz zu sichern, die sie bisher auf Kosten der Stellenfindenden gehabt haben. Das Gesetz ist nicht für die Stellenvermittler, sondern zum Schutz der Stellenfindenden gemacht. Die Breslauer Polizeibehörde ist den Intentionen des Gesetzes und den Anweisungen des Ministeriums nicht gefolgt. Sie hat Sätze festgelegt, die zum Teil viel höher sind, als bisher gezahlt wurde.

Nun ist in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen, wonach die Gebühren von dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer je zur Hälfte zu tragen sind, wenn beide Teile die Tätigkeit des Vermittlers in Anspruch genommen haben; eine entgegengesetzte Vereinbarung zu Ungunsten des Arbeitnehmers ist nichtig. Die „Anspruchnahme“ ist nach den Kommentaren, die soeben von dem Geheimen Regierungsrat Dr. Hoffmann vom preussischen Handelsministerium zum Gesetz mit auch zu den preussischen Vorschriften herausgegeben sind, im weitesten Sinne zu verstehen, „da im Reichstag der Wille, daß eine Geldleistung der Gebühren durchweg pflichtig sein soll, klar zum Ausdruck gekommen ist“. Es ist nicht erforderlich, daß

der Auftrag von beiden Seiten erfolgt ist, „es genügt vielmehr, daß der Stellenvermittler seine Tätigkeit im Interesse beider Teile ausübt und beide Teile mit dieser Tätigkeit sich vorher oder nachträglich ausdrücklich oder stillschweigend einverstanden erklären“.

Die Herren Stellenvermittler möchten nun die Unternehmer am liebsten schonen, möchten die auf sie entfallende Hälfte der Gebühren ihnen schenken. Das dürfen sie natürlich, es ist ihnen aber ausdrücklich verboten, diese Hälfte auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Es ist von ihnen deswegen vielerorts der Versuch gemacht worden, die Gebühren so hoch zu treiben, daß sie, ohne eine Einbuße an ihrem bisherigen Einkommen zu erleiden, dem Unternehmer gegenüber den Großmittigen spielen, diesen die Hälfte schenken zu können. Die Polizeibehörden haben, unterstützt durch die Proteste der Gehilfen, in den meisten Orten diese Versuche abgewiesen. In Breslau scheinen die Vermittler bei der Polizeibehörde willigeres Entgegenkommen gefunden zu haben.

Es wird nun Sache der beteiligten Kreise sein, die ihnen gebotenen Mittel, die Schäden der gewerksmäßigen Stellenvermittlung zu beseitigen, nach Möglichkeit auszunutzen.

Politische Uebersicht.

Ein Königreich für eine Wahlparole.

In den Blättern des schwarz-blauen Blocks wird nach immer die Regierung bekürmt, baldigst mit einer jugkräftigen Wahlparole herauszutreten. Auch die „Germania“, die sich, soweit die Zentrumspartei in Frage kommt, aufs hohe Ross setzt und einmal über das andere versichert, das Zentrum bedürfte keiner Wahlparole, verlangt in der Nummer vom Sonnabend bringend, daß die Regierung endlich das Offizier öffne:

„Einmal muß doch bekannt werden, was die Regierung will, einerlei, ob es verschiedenen Seiten, auf die sie vielleicht noch Hoffnungen setzt, gefällt oder nicht. Das Bögere kann verständnisvoll werden, wenn der richtige Augenblick zum Handeln verpaßt wird. Sozialdemokratie und Liberalismus sind eifrig bei der Arbeit, daß man mit der Gegenseite leicht zu spät kommen kann.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert in ihrer Sonntagsnummer in einem mehr als dreispaltigen Leitartikel gleichfalls und wiederholt dringend „Klärung und Sammlung“. Nach einer langen Erörterung über die Notwendigkeit einer Regierungswahlparole schreibt das agrarische Blatt:

„Es ist spät, sehr spät! Aber soll die gebotene Klärung herbeigeführt, soll zur Sammlung die Bahn bereitet werden, dann muß die Regierung sich unbedingt und unabweisbar auf den Boden der Reichsfinanzreform stellen, dann darf sie sich nicht scheuen, offen zu bekennen, daß die Finanzreform ihre sich jetzt nicht nur gegen den sogenannten und angeblichen schwarz-blauen Block richtet, sondern gegen die Regierung selbst und im gewissen Sinne gegen den Staat und seine Autorität. Unablässig muß sie bemüht sein, mit allen Mitteln das Volk über die Wirkung der Reform aufzuklären, insbesondere auch darüber, daß die angeblich so verhassten neuen indirekten Steuern hätten kommen müssen, auch wenn die Erbansatzsteuer angenommen worden wäre.“

Nach dieser bescheidenen Humutung der Agrarier, daß die Regierung das Sündenkonto des Schnapsblocks auf sich übernehme, stellt die „Deutsche Tageszeitung“ Forderungen für die kommende Reichstagswahl auf, die wohl als Grundlage der gewünschten Regierungswahlparole dienen sollen. Da soll sich zunächst die Regierung erklären über ihren guten Willen zur unbedingten Sparsamkeit, da soll sich die Regierung über den neuen Zolltarif aussprechen und wie es mit den Vorbereitungen hierzu steht. Schöne Worte des Reichskanzlers genügen nicht mehr. Man müsse wissen, wie der Reichskanzler über die notwendige Ausgestaltung des Tarifs und über den erforderlichen Ausbau des Schutzzollsystems denke. Und endlich müsse die Regierung erklären, was sie gegen die sozialdemokratischen „unverfälscht revolutionären Feinde des monarchischen Staates und seiner Ordnung“ zu unternehmen gedenke. Die Gefahr rücke unheimlich näher, und es fehle an rücksichtsloser Entschiedenheit zur Verteidigung der Arbeitwilligen. Klarheit ohne Winkelzüge sei auch hier notwendig, ohne Klarheit keine Sammlung, und kein Ende der Wirren.

Reichmann-Gollweg wird wohl selber nicht wissen, wie sich die Regierung zu den nächsten Wahlen eigentlich zu stellen gedankt, sonst hätte er wohl die verzweifeltsten Bitten seiner Blockbrüder bereits erhört.

Zum Wahlsondierungsauftrag des Hansabundes, den das „Berliner Tageblatt“ aus eigenem unterfängt, stellt das genannte Organ auch Betrachtungen über das Verhalten des Hansabundes im Wahlkampf an. Er schreibt darüber:

Das Deutsche Reich umfaßt 397 Reichstagswahlkreise. Die Sozialdemokratie hat es fertig bekommen, fast in sämtlichen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen. Die Parteien, die als Vertreterinnen von Handel, Industrie und Gewerbe angesprochen werden können, also im wesentlichen die liberalen Parteien haben aus Mangel an Mitteln bisher immer nur eine Kandidatur aus den Wahlkreisen gestellt. Das hat nun die Sozialdemokratie geändert, sie hat sich in den Wahlkreisen, in denen sie nicht die Mehrheit hat, Kandidaten aufgestellt, um welchen Wahlkreis es sich auch handelt, im Stich zu lassen, sondern überall die Kandidatur zu stellen. Das ist ein sehr gefährliches Spiel, das die Sozialdemokratie anfangs nicht spielen sollte, sondern sich lieber auf die Kandidatur beschränken sollte, in dem es das verstanden hat, daß es nicht beizubehalten, daß irgend ein Wahlkreis dem Hansabund über den Rand

Familiens Verhältnisse wurde, weil es an Verstand gefehlt habe, ihn zu erheben. Uebrigens, wo der Liberalismus auch nur die geringste Aussicht hat, sich durchzusetzen, müssen auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, den Erfolg zu erzwingen. Dann wird es sich auch ganz von selbst ergeben, daß im Reichstag die Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe möglichst starker vertreten werden als heute, wo sie tatsächlich nur eine bescheiden geringe Vertretung ausmachen.

So weit geht die Sache dem einzelnen Angehörigen des erweiterten Bürgertums an. Daß sie alle, alle ihre Pflicht tun, ist die oberste Voraussetzung des Erfolges. Aber nicht minder notwendig erscheint es, daß auch der Hanfverband mit dem ihm zur Verfügung gestellten Mitteln zweckentsprechend arbeite. Der Feldzug geht rechts. Es gilt heute nicht, irgendwelche utopischen Zukunftsphantasien zu beschwippen, sondern die sehr reale Reaktion, welche nach jeder Wahl als Wegeworfenes angetrieben werden, der etwa zur Bekämpfung des Radikalismus aufgegeben werden würde. Für die nächsten Wahlen kann nur die Niederwerfung des blau-schwarzen Blocks, also des Zentrums und der Konservativen mit ihrem Anhang, in Frage kommen. Auf keinen Fall darf es geschehen, daß der Hanfverband selbst bei einer Entscheidung zwischen der Sozialdemokratie und einem Vertreter der Reaktion sich für den reaktionären Kandidaten entscheidet. Das ist die Vorbedingung für einen Erfolg des Liberalismus bei den nächsten Reichstagswahlen; das ist auch die Voraussetzung, unter der allein der Hanfverband auf Entgegenkommen und Zustimmung in den Kreisen des entschiedenen Liberalismus rechnen kann.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist unglücklich, daß der Aufruf kein Wort gegen die Sozialdemokratie enthält, als ob der Hanfverband nicht schon mit aller Deutlichkeit erklärt hätte, daß er mit aller Schärfe den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen wolle. Zum Schluß sagt das agrarische Blatt dann:

„Wenn es am Schluß des Aufrufs heißt, es sei „patriotisch“ Pflicht, durch eine persönliche Werbung für den Hanfverband einzutreten, so bedeutet dieser Ausdruck eine geradezu krivole Mißhandlung des Begriffes: Patriotismus. Die erste Aufgabe des wahren Patriotismus ist jetzt, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen und zur Einigkeit aller schaffenden Stände einzutragen. Der Hanfverband will keines von beiden. Er will die Sozialdemokratie ungehört lassen und die anerkannte wirtschaftspolitische Organisation der Landwirtschaft bekämpfen.“

Mit dem großen „Kampf gegen die Sozialdemokratie“ stehen sich so schon Dumme fangen und dies Geschäft soll diesmal mißglücken? Der Gedanke macht die Agrarier schaudern!

Der Kritiker als Gutsvorsteher.

In dem auch sonst äußerst lehrreichen Kreisvalder Landratsprozeß ist die Tatsache zur Sprache gekommen, daß in den östlichen Provinzen Preußens das wichtige Amt eines Gutsvorstehers mitunter an Personen der sogenannten „niederen“ Volksklassen übertragen wird. Der Verteiliger des angeklagten liberalen Gutsvorstehers Bedier, der frühere Bürgermeister Dr. Schüding, richtete nämlich an den Zeugen, Landrat von Malsahn, folgende Frage:

Herr Zeuge, weshalb haben Sie Ihren Kritiker sowie mehrere Arbeiter zu Gutsvorstehern vorgeschlagen und auch bestätigt? worauf der Landrat erwiderte:

Es ist allerdings vorgekommen, daß ich berartige Personen bestätigt; aber es handelt sich um Fälle, in denen an diese geeignete Personen nicht vorhanden waren.

Zum Verständnis dieser Angelegenheit muß bemerkt werden, daß der sogenannte Gutsvorsteher in den östlichen Provinzen Preußens nicht Vorsteher eines landwirtschaftlichen Gutes, sondern Verwaltungsbeamter eines sogenannten Gutsbezirks ist, der in vielen Fällen die Stelle einer Landgemeinde vertritt. Der Gutsvorsteher, dessen Stellung auf die alte feudale Gutsherrschaft zurückzuführen ist, waltet in seinem Amtsbezirk wie ein kleiner Herrgott und ist sogar berechtigt, über seine „Untertanen“, d. h. sämtliche Einwohner seines Bezirks, Geld, oder Haftstrafen zu verhängen. Solche kleine Herrgötter, die in ihrem Kreis die ganze Autorität der schneidigen preussischen Staatsgewalt repräsentieren, gibt es nicht weniger als rund 18.000 und etwa zwei Millionen preussischer Staatsbürger sind ihnen untertan.

Der Vampir und seine Brant.

Von Carl Spindler.

17.

Der Hof hatte geflegt. Antonio wandelte still und in sich selbst in dem Garten des Landhauses, horchte bald auf das ammernde Wehgeschrei der tröstlosen Florentine, das aus den offenen Fenstern zu ihr drang, bald auf das Gebrüll des Herrn von Otschen, der seit der Begebenheit verzweifelter Nacht in Kaiser verfallen war und von handfesten Wächtern im Hintergebäude verwahrt gehalten wurde. Es war öde und furchtlich in der Brust der Luftwandelungen geworden und um dem Trauerhause zu entlaufen, beschloß sie, heute noch nach der Stadt zurückzukehren, um in dem Saal ihrer Vergnügungen sich nicht zu verhaseln, als der Hauptmann, zu Pferde stehend, über die Terrassen blühte.

„Ist er hinterher?“ fragte er leise. Ein sitzendes Kopfnicken bejahte. Der Hauptmann fuhr wie unruhig mit der Hand über die Stirne und sagte dann: „Ich komme vom Festen. Ich habe mich vor ihm gestellt; die Sache ist beigelegt. Ich reise morgen auf einige Monate nach Wien. Das Gerücht der Kaiserstadt soll mich zerstreuen und meine Reingebungsreise werden, wenn mich nicht des Erblichen Bruder, der Comthur von Malsahn, anspricht, was Gott verhüten mag. Jetzt bringe ich einen Befehl des Herzogs nach der Festung Oberkeit. In der Dämmerung lehre ich zurück, den verschprochenen Gold von Magdalena's Lippen zu küssen.“

„Sie wartet ihres Freundes?“ entgegnete Antonio mit lächerlichem Blick. „Rosen sollen seinen Becher kränzen.“

Lissa lächelte die schöne Hand, die ihm die Joubertin zum Abschiede reichte und sprangte wie der Wind von dannen. Antonio lag aber auf ihr Zimmer und warf folgende Zeilen auf das Papier: „An den Komtur von Malsahn! Ihr dienstfertiger Bruder ist heute auf die nichtswürdigste Weise im Kreis gefallen. Sein Räuber, Gardehauptmann von Otscha, reist morgen nach Wien ab. Sie sind Prälater, Edelmann und Ritter. Rufen Sie Ihren Bruder. Rufen Sie die Menschheit an dem mächtigsten Ruben, der eine Festung unterer Schloßes ist. Dann erst nennt sich der Scheiterhaufen dieses Brädes.“

Ein Jodel wurde die Mahnung ihnen zur Hand gebracht, und Antonio verließ neugierig, ohne Aufsehen zu machen, das Haus, das sie in dem andern Kreuzer geführt hatte, um mit dem erstarrten Blick die Anwesenheit von dem Hauptmanns Empfang zu treffen, der sich auch mit starrer Nacht einwand.

Wenn nun der hochwürdige Herr Landrat v. Malsahn, ein Mann, der grundtätiglich Kreisangehörige mißliebiger Gesinnung in seinem Bureau nicht empfängt, „berartige Personen“, wie Kritiker und Arbeiter, zur Übernahme des verantwortungsvollen Postens eines Gutsvorstehers für befähigt hält, so übertrifft er an „Gleichmacherei“ sogar die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hält natürlich auch Kritiker und „berartige Personen“ für geeignet, in Staatsämtern gewählt zu werden, aber sie knüpft daran die Bedingung, daß diese Personen etwas gelernt haben und daß sie selbständige, charakterfeste Männer sind, die in ihr Amt gewählt werden. Gesinnungslose, unwillende Laien kann sie nicht brauchen. Sie will die Herrschaft der Tüchtigsten und Besten ohne Unterschied der Geburt. Herr v. Malsahn aber ist als Junker zum Herrn geboren. Er kann seine Kreisuntertanen auch von seinem Kritiker regieren lassen. So wird der Reichstagsstich der Landratsliste zum Sinnbild des preussischen Rechtsstaats!

Die Arbeiterarbeit der Scharfmacher. Die sogenannten nationalen Werk- und Arbeitervereine hielten am Sonntag in Magdeburg einen Delegiertenstag ab. Es sollen an 200 Delegierte aus ganz Deutschland anwesend gewesen sein. Die Tagung fand statt unter Aufsicht hoher staatlicher Behörden. Oberpräsident v. Hegel war anwesend und Regierungspräsident v. Nessel begrüßte die Konferenz, deren Zweck ein vorbildlicher und gottwohlgefälliger sei und daher ernste Beachtung verdiene. Die Regierung werde die nationalen Arbeitervereine schon wegen ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie unterstützen.

Ein Schlosser Warncke hielt ein Referat über die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Ziele, das sich ganz in dem ausgefahrenen Geleise der Scharfmachertitraden bewegte. Es gipfelte in der folgenden, natürlich einstimmig angenommenen Resolution:

„Die Konferenz protestiert auf das Schärfste gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts und des Wahlrechts und verlangt geeignete gesetzliche Maßregeln, besonders das Verbot des Streikverbotens.“

Nachdem ein anderer Arbeiter noch über staatliche und private Fürsorge in ähnlicher Weise gesprochen, wurde beschloffen, einen Ausschuss einzusetzen, der im Dezember in Magdeburg zusammentritt und grundlegende Gesichtspunkte für ein gemeinsames Vorgehen auszuarbeiten soll.

Die Strafprozeßordnung gefährdet. Wie die Scherpresse mitteilt, werden am Dienstag Unterhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und Vertretern der einzelnen Parteien gepflogen, um eine Uebereinstimmung über eine Anzahl Differenzpunkte herbeizuführen. Für die Regierung als unannehmbar gelten folgende Punkte:

„Der Beschluß, daß der Staatsanwalt in der Voruntersuchung nicht mehr das Recht haben soll, den Angeklagten ohne weiteres zu vernehmen, sondern nur durch Vermittlung des Richters; ferner die Gewährung des Rechts der Beugnisverweigerung an die Abgeordneten; die Unterlassung jeder Strafverfolgung während der parlamentarischen Tagung und die Aufhebung der auf rechtskräftigem Urteil beruhenden Straftat bei Wahrung der Tagung; die Schaffung eines Appells, das jede Durchführung eines Parlamentsgebäudes oder die Beschlagnahme von Papieren in dessen Räumen durch Polizei- oder Gerichtsbehörden von der Genehmigung des Präsidenten des betreffenden Parlaments abhängig macht; und endlich die Befugnis der Verurteilung in allen gegen Urteile der Amtsgerichte wie der Landgerichte erster Instanz mit drei Richtern und zwei Laien, während sie nach der Regierungsvorlage ausschließlich aus fünf Berufsrichtern gebildet werden sollen.“

Wenn hierüber eine Einigung nicht erzielt wird; dann will die Regierung die ganze Vorlage scheitern lassen. Sollte die Mehrheit der Kommission oder des Reichstages auf die Wünsche der Regierung eingehen, dann würde von den an sich schon außerordentlich geringen, zum Teil sogar fragwürdigen Verbesserungen überhaupt nichts übrig bleiben. Die Regierung rechnet namentlich darauf, daß sie beim Zentrum und bei den Konservativen das weitgehendste Entgegenkommen

findet und man hofft, mit dem Synapsis der Vorlage zu gestalten, daß sie für die Regierung annehmbar wird.

Fette Dividenden trotz der Krise. Der Bochumer Verein für Eisenschiffbau hat im abgelaufenen Geschäftsjahr noch reichlichen Abschreibungen einen Reingehalt von 3.629.855 Mtl. gegen 2.502.288 Mtl. im Vorjahre zu verzeichnen und wird wie im Vorjahre eine Dividende von 12 Prozent verteilen.

Die Eisenhütte „Westfalen“ in Bochum schüttet sogar 25 Prozent Dividende aus. Dabei sind die Arbeiterlöhne in diesem Betriebe noch miserabler wie beim Bochumer Verein.

Im Reichen der Fleischnot. Daß die Fleischnot im Industriebereich besonders groß ist, wird von den Stadtbehörden und Handwerkzimmern nicht bloß angegeben, sondern sie verlangen auch energisch Abhilfe. Ein recht drastischer Fall, durch den die herrschende Teuerung besonders charakterisiert wird, ereignete sich in Goting bei Dortmund. Es war dort eine Kuh krepiert und auf politische Anordnung vergraben worden. In der folgenden Nacht ist nun die verredete Kuh wieder ausgegraben und verschleppt worden. Politische Ermittlungen haben ergeben, daß Einwohner der Gemeinde Altendamm die Kuh ausgegraben und das Fleisch unter sich verteilt haben. Der größte Teil des Fleisches war bereits verzehrt. Die preussische Regierung behauptet natürlich immer noch, daß keine Fleischnot existiert.

Der „liberale“ Kandidat in Lötian-Weßlau. Immer mehr Material wird bekannt, das beweist, welche reaktionären Kandidaten die Freikämmler auf ihre Schilder erhoben haben. Bürgermeister Wagner hat sich im Kampfe gegen die Sozialdemokraten noch mehr Unannehmlichkeiten auf sich laden können. So verteilte seinerzeit ein Genosse Schriften. Der „liberale“ Bürgermeister nahm an, daß es sich um verbotene Schriften handelte. Er gab einem Politisten den Befehl, die Flugblätter zu konfiszieren. Die Behörden haben sich bei der Beschlagnahme von Schriften ohne richterlichen Befehl an die §§ 28 und 24 des Verfassungsgesetzes gehalten. Sie sind u. a. verurteilt, binnen 24 Stunden die Flugblätter als Staatsanwalt zu unterbreiten. Der „liberale“ Herr Wagner — die „Dortmunder Zeitung“ sagt, er sei ein liberaler Mann durch und durch — tat das aber nicht, sondern legte die Schriften einfach in sein Bureau. Auf eine von dem Landrat gerichtete Beschwerde antwortete der Bürgermeister, er glaube, daß der Verteiler, da er ein armer Mann sei, die Schriften gewerblich verbreitet habe. Die Flugblätter habe er an sich genommen, um hierüber Erhebungen anzustellen. Jetzt mußte der Landrat dem liberalen Bürgermeister und jetzigen Kandidaten der „fortschrittlichen Volkspartei“ erklären, daß er die Schriften herauszugeben habe, wenn er nichts beweisen könne. Und nun erst wurden dem Genossen die Flugblätter eingehändigt. Im Prozeß gegen die „Dortmunder Zeitung“ erklärte der Bürgermeister als Zeuge vor Gericht:

„Es muß gesagt werden, daß hier andere Motive mitwirkten, nämlich politische Motive. Die Sozialdemokraten haben in unserem Wahlkreis (Lötian-Weßlau) an Stimmen sehr zugenommen. Es ist mir möglich, daß bei der nächsten Reichstagswahl der Preis verloren geht.“

Der Kreis gehörte den Konservativen. Er konnte also weder Herrn Wagner noch den liberalen Parteien verloren gehen. In amtlicher Eigenschaft vor Gericht geladen, erwies sich damals Herr Wagner als ein so eifriger Parteigänger der Konservativen, daß er ihre Interessen als seine Interessen hinstellte. Der Herr Bürgermeister, der einst bei dem Gedanken, daß der Kreis den Konservativen verloren gehen könnte, zitterte, wird in den kommenden Wochen und Monaten in Stadt und Land als „warmherziger Anhänger der fortschrittlichen Ideale“ den Wählern vorgestellt werden.

Wom Fortschritt. Am Sonntag fand in Frankfurt a. M. ein konstituierender Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei in Hessen-Nassau statt. Es wurde hauptsächlich das Verhältnis der Fortschrittler zu den Nationalliberalen erörtert und scharfe Bekämpfung der Wirtschaftlichen Vereinigung verlangt. Am Nachmittage hielt Max Müller eine öffentliche Versammlung ab, in der er die Vertretung des schwarz-blauen Blocks forderte, sich aber gleichzeitig als Schlichter bekannte.

Die Abgeordnetenwahl im 4. Berliner Landtagswahlbezirk. die durch die Mandatsübertragung des Abgeordneten Dr. Müller-Sagan erforderlich geworden ist, ist auf Dienstag, den 8. November festgesetzt worden.

Verlorener Kassenstreik in Halle. Vor mehreren Monaten wurde sämtlichen Ortskrankenkassen in Halle a. S. von den Kassierern die Verträge gekündigt. Später geschah das auch gegenüber den Betriebskrankenkassen. Die Ärzte verlangten Einführung der freien Arztwahl in dem Sinne, daß sämtliche der Ständesorganisation angehörenden Ärzte (aber nur diese) zur Kassenpraxis zugelassen werden. Nebenher verlangten sie auch eine Erhöhung der Honorare. Die zu einem Verband vereinigten Ortskrankenkassen lehnten das ab. Die Betriebskrankenkassen taten das gleiche und schlossen sich dem Kasserverbande an. Am 1. Juli begw. 1. Oktober dieses Jahres sagten auch die Ärzte (etwa 80) ihre Tätigkeit bei der Kassen nieder. Inzwischen hat der Kasserverband sowohl auswärtig Ärzte erhalten, daß er zusammen mit einigen der seitherigen Ärzte

den Begünstigten ein, der sich von allen Wohlgerächten Indiens und von den Armen der verführerischen Antone empfangen sah.

„Mein Garuda!“ riefelte die schöne Säubertin, als sich das neue Morgenlicht durch die Rurpurdorhänge zu dem Lager stahl, das sie mit ihrem Freunde umring und drückte einen süßen Kuß auf seine Wangen. „Gefesse, mein Garuda, daß die Nacht auch ich zu lohnen vermag.“

„Wahrlich ja!“ entgegnete der Hauptmann, „der Herzog würde mich beneiden, wüßte er.“

„O still! still von ihm!“ koste Antonio. „Meinem Herzen war er nicht. Nur meiner Sinne Spiel, und ich erlor mein Herz aufs neue wieder, denn Du hast mich glücklich gemacht durch Deinen Käthebesten. Wie uns alles glücklich, Angelo an Deinem Stahle verblühte, Florentine, die gehobte Nebenbuhlerin, in den Staub getreten. Und alles nach und nach und kufenweise entwickelt, von Trubens Postenspiel an, bis zu der letzten Katastrophe. O, mein Garuda, wenn Du die Seligkeit begreifen könntest, die ich empfand, als ich an jenem Abend neben unserm Opfer auf dem Sofa saß, als ich ihre steigende Angst berechnete und sie anschauen ließ, wie die Wogen des neuauftretenden Meeres, als ich sie vernichtet in sich selbst versinken sah, als ich ihre errarrende Hand hielt, die Pulschläge derselben zählte, während des gräßlichen Warterspiels, wie der Arzt die Pulse der Sepsinierten in der Kollerkammer zählt, bis die namenlose Angst sie zu sprengen drohte und mir ein mitteilbares: Genug! entriß. . . wenn Du jene Wollust begreifen könntest.“

„Nein, fürwahr!“ unterdrückte sie Garuda mit rauher Stimme und eifte sich von ihrer Seite, von dem Lager auf. „Ich begreife sie nicht, weil ich den Abgrund einer Teufelsseele nicht erkennen, nicht begreifen kann. Einmensches Geschöpf! weil ich ein Genosse Deiner Tat bin, zählst Du mir so schamlos Deine Blöße? Nun, bei Gott, ich wandte lange auf der Bahn des Kapfers. . . habe im Nebenmüt der Sinne und der Leidenschaftlichen manches Herz zerissen. . . noch liegt das Blut eines unschuldigen Schwärmeres an meinem Degen. . . aber: Du hörst mich, Allmächtiger in den Himmeln! an diese rechte ich nicht. . . gegen diese bin ich rein; und Seit ist, daß es mit ihr ende!“

„Welche Sprache?“ rief Antonio erschauert. „Bestimme Dich, Garuda! Du redest irre!“

„Schweige!“ schandete sie Garuda an. „Du hast dem Jüngling seine Seligkeit abgehohlen und ihn zum fütteren Namen gelehrt, aber Dich dafür zu strafen, ist er tugendhaft genug. Erhebe Dich, heile Dich! in einer Minute sollst Du von mir hören.“

Er ging, verschloß die Türe hinter sich, und Antonio verließ in Angst und Beübung das Lager. Kaum gekleidet, eilte sie händeringend durch das Zimmer, denn sie hörte auf des Hauses Vorplätzen Waffen raseln, Sporen klirren, rauhe Männerstimmen. Der Hauptmann trat in voller Uniform zu ihr ins Gemach. Wachhabende Dragoner hielten den Vorplatz besetzt.

„Im Namen des Herzogs!“ sprach Garuda mit dem verächtlichen Stolz, den die Demütigung des elendesten Feindes beleiht. „Ich verhafte das Fräulein von Maltzingen. Schändlicher Skandal, hochhafter Entführung in Staats- und Familienangelegenheiten und zuchtlosen Wandels überwiesen, geht sie zu lebenslänglichem Gefängnis nach Oberkeit ab. Hier ist der Rabinetsbefehl, wenn Sie zu sehen verlangen.“

„Abgehülfter“, wüthete Antonio, „das ist Dein Werk!“ „Ich würde mich schämen, wenn es nicht das meine wäre,“ entgegnete Lissa höhnend. „Der Schalter hat die Reiterin übertroufen. Angelo und der Eschen Unglück stürzt Sie in den Abgrund. Auf mein Verberben hatten Sie es gemüht, ich komme jedoch, rege und räche mich an Ihnen für mein ganzes verlorenes Lebensglück, stürzte Sie in den Abgrund. Auf mein Verberben wartet Oberkeit Ihre. Ihr Freund hat es Ihnen gestern ausgesprochen.“

„Ich Unglückliche!“ jammerte das Fräulein und zerrautte sich verzweifelt die Haare. — „Ich war die Seine, aus meinen Armen geht er. . . um mich dem Verberben zu überbleiern.“

„Ich spielte das Fräulein“, sprach der Kapitän mit höchstem Spott. „Reiz die Dragoner eintreten, begleitet das wehklagende Fräulein mit rauher Soldatenmanner zu dem Wagen und hob sie hinein. Ihre Hoffe und zwei Unteroffiziere Reigen mit ein, Dragoner umgaben den Wagen. Lissa zu Pferde, führte den Zug, und die ehemalige Favoritin des Fürsten verließ unter dem Spottgeschrei des Pöbels die Residenz, den Schauplatz ihrer Taten, um in enge Kerkermauern zu wandern.“

Am folgenden Abend wurde der unglückliche Angelo zum Grufte bestrahlt, aus der er nicht mehr erheben sollte. — Florentine, das arme Opfer der Kreuzthat und des Abertarbens, trauerte unermüdet ihr ganzes Leben lang um den Toten, erzog mit mütterlicher Sorgfalt ihren geliebten Sohn und schenkte ihm beauerntwerteten Bruder, der im Frennschweife nach eine Träne des Mitleids. Theresia verdingte ihre Schande in Kalabriens Bergen, und der Hauptmann stiel ihr Jweikampf durch das ruhende Schwert des Kommandanten.

Der Reichstag ist dadurch als erledigt zu betrachten. Die Rechte haben zwar an die Ausschüsse über die Beschlüsse eingereicht, die sie von Raatsmitgliedern unterschreiben ließen, doch stellten sich diese als ungenügend heraus. Der Reichstag hat daraufhin ein Eingreifen ausdrücklich abgelehnt. Die sämtlichen Universitätsstellen und die Krankenhäuser bleiben noch, sie nehmen Kranke entweder garnicht oder nur in den dringlichsten Fällen auf.

Einigkeit der Katholiken? Gelegenheit einer Protestversammlung gegen den römischen Bismarck in Wien, die am Sonntag in Wien stattfand, sprach sich der Wiener Bischof Fischer über den Konflikt im Zentrum aus. Er beklagt, daß zwischen ihm und dem Kardinal Rupp in Wien eine Uneinigkeit besteht und fährt dann aus: Die Leute, die auf eine Uneinigkeit des deutschen Episcopats spekulieren, werden sich gründlich täuschen. Die Bischöfe sind und werden sich nie als Feinde der deutschen Kirche betrachten, sondern nur als Feinde der Partei, die auf eine Uneinigkeit unter den deutschen Katholiken rechnen und daraus Schlüsse für die Zukunft ziehen.

Ablwardt wieder unterwegs. Der alte Advokatenmeister und Judenbrenner-Verfechter ist wieder auf der Achse, wie man aus einem Inserat der „Dresdener Volkszeitung“ ersehen, das folgenden Wortlaut hat: Freie und freie Vereinigung wahrheitsliebender Frauen und Männer zur Heranbildung einheitlicher Weltanschauung. — Benutzt alle dem Wohl der Vaterlande und der Menschheit ergebenden Persönlichkeiten mit Liebe zum Leben und festem Willen zur Förderung des Allgemeinwohls. Mittwoch, den 19. Oktober: Vortrag des früheren Reichstagsabgeordneten Viktor A. D. Ahlwardt über: Was lehrt die Revolution in Paris? Nach dem Vortrage: Freie Aussprache. Es ist noch die alte Konfession, die sich mit und um Ahlwardt verammelt.

Wild und Geflügel ist Fleisch im Sinne des § 13 des Jagdgesetzes. so hat das Oberlandesgericht Kolmar in einem Urteile entschieden, den ein Straßburger Wild- und Geflügelhändler gegen die Polizeiverwaltung der Stadt Straßburg anhängig gemacht hat, die bekanntlich entgegen dem § 13 des Jagdgesetzes auch weiterhin die Verhinderung von Wild und Geflügel erheben will.

Der Protest der Frauen. Die Berliner Freie Jugendbewegung ist bekanntlich aufgelöst worden. In einer von zehn Frauen besetzten Versammlung wurde gegen diese Auflösung protestiert und versichert, daß die Jugendbewegung nicht beeinträchtigt werden würde. Wenn man die eine Form verwerft, werden sich andere Formen finden, in denen die freie Jugend sich betätigen kann.

Der Verkauf des Tempelhofes Feldes vor dem Reichstag. Die Fortschrittliche Volkspartei wird im Reichstag eine Interpellation einbringen, welche den Verkauf des Tempelhofes Feldes zum Gegenstand hat. Man hält die Interpellation deshalb für notwendig, damit diese Angelegenheit nicht erst bei der Einarbeitung, sondern sofort zur Verhandlung gestellt werden kann.

Die neue Militärvorlage. Die Verhandlungen über die neue Militärvorlage zwischen dem Kriegsministerium und dem Reichstag sind fast zu Ende gekommen. Die neue Militärvorlage ist ein Septennat. Sollte aber der Reichstag in dieser Hinsicht Schwierigkeiten machen, so wird sich die Kriegsverwaltung auch mit einem Quinquennat, wie es gegenwärtig gesetzlich vorgesehen ist, begnügen. Die Neuformierungen bewegen sich in weiten Grenzen. Neue Einnahmequellen für die zu erwartenden militärischen Mehrausgaben zu erschließen, hat sich als nicht notwendig herausgestellt. Die Mehrausgaben werden auf 10 Millionen W. M. geschätzt werden. Insbesondere wird damit gerechnet, daß die Zuschüsse des Reiches für die Kolonien im Laufe der nächsten Jahre immer geringer werden und die auf diese Weise freiwerdenden Summen für die weitere Ausgestaltung des Landesvertrages verwendet werden können.

Ausland

Der französische Eisenbahnerstreik. Ministerpräsident Briand teilte dem Präsidenten Fallières mit, daß der Verkehr auf der französischen Westbahn und der Nordbahn mehr und mehr zu normalen Verhältnissen zurückkehrt. Was den Wiedereintritt der Angestellten anlangt, sei eine große Besserung zu verzeichnen. Der Betrieb der elektrischen Anlagen sei wieder sichergestellt. Nach Mitteilungen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist die Beförderung der Posten mit den Zügen der französischen Westbahn und der Nordbahn gesichert. Sabotage und Beschädigungen von Maschinen dauern an verschiedenen Orten fort. Bisher ist kein Unfallfall zu verzeichnen. Wegen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit wurden mehrere Verhaftungen in der Provinz vorgenommen. 8000 Ausländer versuchten sich des Bahnhöfen Gebietes zu bemächtigen, wurden jedoch von der Polizei zurückgehalten. Bei Tintin an der Loire wurde auf der Eisenbahnbrücke eine Bombe gefunden, durch die die Brücke gesprengt werden sollte. In derselben Gegend wurden zahlreiche Telegraphenmasten durchschnitten.

Das Kriegsministerium gibt bekannt, daß die zur Fahne einberufenen Eisenbahner dem Einberufungsbefehl im Verhältnis von 12:13 Folge geleistet haben. Von der Zahl derjenigen, die sich nicht gestellt haben, seien jedoch noch die abgesehen, die infolge eines Verzehrs die Ordnung nicht erhalten haben, und diejenigen, die im Begriff seien, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Unruhen in Tibet. Aus tibetanischer Quelle wird berichtet, daß der Vertreter des Dalai Lama in Lhasa auf Befehl der chinesischen Behörden verhaftet und nach einem noch unbekanntem Orte verschickt wurde. Der Grund der Verhaftung wird damit angegeben, daß der Vertreter Vorbereitungen getroffen hatte, dem Dalai Lama Lebensmittel, z. nach Darjiling zu senden. Der Verhaftung folgte der Befehl zu der Hinrichtung des Gefangenen. Da die Ausführung des letzten Verzehrs Protest der Tibetaner hervorrief und die Behörden ernste Unruhen vermehren wollten, so wurde der Hinrichtungsbefehl wieder aufgehoben. Der Gefangene ist 70 Jahre alt und bei der tibetanischen Bevölkerung außerordentlich beliebt, und seit seiner Befreiung, die am 30. September erfolgte, sind keinerlei Nachrichten von ihm in Lhasa eingetroffen.

Wie weitere Nachrichten besagen, hat dieser Zwischenfall unter der Bevölkerung große Aufregung hervorgerufen, und die chinesischen Nachrichten, die die Lage in Tibet als ruhig bezeichnen, gehen um die Wahrheit herum, da in der Tat das Volk durch die rückwärtigen Maßnahmen der chinesischen Regierung alles andere, nur nicht zufrieden ist.

Ein Opfer des religiösen Fanatismus. In einer der letzten Nächte wurde im Regimente (Trol) der 60jährige ehemalige

konfessioneller Fanatismus einen von vier Personen am 15. d. Mts. Schicht des an seiner Wohnung vorübergehenden Unbekannten mit gewöhnlich geschlossenen und geschlossenem Kopf, in dem sich eine Kugel sah, angetroffen. Als der Tat vorübergegangen war, wurden zwei Hauerknöpfe und deren Reste gefunden. Bei der Durchsichtung fand man ein mit feinem Blut bestreutes abgeschossenes Gewehr, an dem sich noch einige Patronen fanden, die offenbar von dem Ermordeten herrühren. Als Ursache des Todes wird der Umstand angegeben, daß der Opfer durch seinen Einfluß die Entlassung des geistlichen Sanktators Matthias Deter durchgesetzt hatte. Darüber entstanden in der Gemeinde unter den Katholiken und Protestanten des baronregierten Gottesmannes heftige Streitigkeiten, die schließlich zu einem fanatischen Haß gegen die Opfer ansetzten, dem dieser dann zum Opfer fiel.

Engländer und Russen in Persien. Angesichts der Schätzungen, die der Handel infolge der fortgesetzten Unruhe im Osten Persiens erleidet, richtete die englische Regierung eine energische Note an die persische Regierung und wies darauf hin, daß sich ernste Folgen ergeben würden, wenn die Wiederherstellung der Ordnung ungenügend verfahren werde. Die „Times“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus Teheran: Die Note der britischen Regierung an die persische enthält die bestimmte Anfordernng von entschiedenem, weiterführendem Nachgeben. Die Engländer bei gewissen bedauerlichen Gegebenheiten greifen werde. Diese Maßregeln würden das Ende der Politik der Nichtmischung bedeuten. Die Russen würden dann wahrscheinlich im Norden dem Beispiel folgen.

Aus Oberschlesien.

„Siege“ der Schwarzen.

Nichts ist dem Zentrum schadet genug, den Sozialdemokraten ein auszuweichen, selbst wenn die Sache noch so dümm ist. Nachdem die lägehaften, verdrängten Berichte von Raabitz, Köln usw. nicht mehr zureichen, nun gezeitigt werden, daß der sozialdemokratische Anhang zurückgeht. Da dies aber, wie die zahlreichen Nachwahlen beweisen, schlecht möglich ist, so greifen die Herrschenden nach jedem Strohhalm, um besonders den gescheiterten „Schwarzen“ etwas weis zu machen. In Kattowitz, wo die Gewerkegewerkschaften nach dem Vorkriegssystem gewählt werden, hatten unsere Genossen das Wahlrecht einen Formfehler zu begehen, weshalb ihre Liste für ungültig erklärt wurde. Mit einigen wenigen Stimmen wurde nun die Liste vom „St. Josef“ gewählt. Darauf ein großer Siegesrummel der Ehrbächer und Genossen, die Raabitz nun für alle Zeit für sich reklamieren. Diese Freude sei ihnen bis zur nächsten Wahl gegönnt, wo alle St. Josef verschwinden werden. Daß ihnen selbst solche Formfehler passieren können, scheint man beim Zentrum vergessen zu haben. Feststehend nicht viel, so wäre ein Abgeordneter der Facharbeiter in Königsbrunn bei den letzten Gewerkegewerkschaftswahlen wegen eines Formfehlers halb dem Staatsanwalt in die Finger gefallen, weil die Herrschaften ihre völlige Unfähigkeit und Ohnmacht mit allerhand unlauteren Manövern zu bereden versuchten. Aber alles nichts, auch nicht einen einzigen Vertreter brachte man durch, die Liste des Gewerkegewerkschaftslegte glänzend. Davon hat das Zentrum nichts geschrieen.

Ein noch größeres Geschäft aber wurde erhoben, als die Facharbeiter auch in Leobschütz legten. Ob dazu Ursache vorhanden ist, glauben wir kaum. Wenn man den Freien Gewerkschaften alle Lokale abtreibt, sie mit der Polizei hegt, die Mitglieder benutzert und brokos macht, und wenn nach alledem die Facharbeiter mit 140 Stimmen siegen, während die Liste der Freien Gewerkschaften 73 Stimmen erhielt, dann darf man darauf nicht stolz zu sein. Die schamlose Agitation, die von den Facharbeitern mit den abgeschmacktesten Lügen und Verleumdungen betrieben wurde, sei nur nebenbei erwähnt. Und so haben Facharbeiter, im Bunde mit Unternehmer, Polizei und unter der Leitung des Herrn Obersten Seidner einen Sieg errufen, dessen sie nicht recht froh werden. Wir begreifen, wenn, nachdem selbst in Leobschütz die Liste der Freien Gewerkschaften wiederholt gewählt wurde, Herr Seidner, diesen seinen ersten Sieg hoch einschätzt. Und auch diese Freude wird wohl nur ein Jahr dauern. Man muß es den Facharbeitern allerdings lassen, einen Mut besitzen sie, der manchmal bewundernswert ist. In Kattowitz wollten sie sogar unseren Genossen bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse die Mandate abnehmen. Als dann aber ihre Liste kaum ein Duzend Stimmen erhielt, während die Liste des Kartells fast 200 Stimmen auf sich vereinte, da schloßen die Facharbeiter und vor allen Dingen die Zentrumsleute, die jetzt nicht genug schreien kann. Aber auch im Industriebezirk wird das Zentrum bald ausgepuffen haben, denn dafür sorgt das Zentrum selbst und nicht zuletzt ihre Vertreter, die sich stets auf Seite des Kapitals stellen. Ein solches Verhalten muß auch den arbeitenden Arbeitern endlich die Augen öffnen, und das hat das Zentrum doch schon oft genug erfahren müssen.

Beuthen, 18. Oktober. Sozialdemokratischer Verein. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 19. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Gewerkegewerkschaftslokale, Br. Dombrowkastraße 8. Wichtige Tagesordnung, darunter Bericht vom Parteitag in Magdeburg durch Genossen D. Dörfing. Zutritt nur für Mitglieder.

Am Donnerstag, den 20. d. Mts., Abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Dörfing spricht über: Streikbrecher, Strafen-schlächten und das Scheitern der Reaktion nach einer neuen Buchtausvorlage.

Beuthen O. S., 17. Oktober. Schmerzlich. Auf direkte Anfrage beim Ober-Hofmarschall-Amt erhielt die „Oberschlesische Zeitung“ folgende Nachricht: „Berlin, den 15. Oktober 1910. Auf Schreiben vom 10. d. M. erwidere ich ergebenst, daß dem Ober-Hofmarschall-Amt über eine Teilnahme Seiner Majestät des Kaisers und Königs an der Enthüllung des Reiterdenkmalbildes Friedrichs des Großen bei Beuthen nichts bekannt ist.“ Unser Beileid.

Gleiwitz, 18. Oktober. Grober Ergeß. Am Sonnabend Abend gegen 8¹/₂ Uhr kam es an der Ede Bahnhof- und Markt-gartenstraße zwischen mehreren Personen zu einer heftigen Fehde, wodurch ein großer Auflauf entstand. Als zwei Polizeibeamte erschienen und zur Verhaftung von zwei der Exzessanten schritten, wurde einer der Beamten tödlich angegriffen. — Ein an Straßensaum grenzender Diebstahl wurde am 16. d. M., Abends, auf der Larnowitzer Chaussee, in der Nähe

der Gleiwitzer Hauptbahnhof durch einen unheimlichen Mord committed. Dieser wurde von drei jungen Männern angefallen, im Gehsteig zu Gleiwitz, in den Eisenbahnhöfen geworfen und auf der Leiche wurden 12 Mts., ferner ein Leinwandmesser und ein Schüssel gefunden.

Kattowitz, 18. Oktober. Volksversammlung. Im großen Saale der Reichshalle findet am Mittwoch, den 19. d. M., Abends 8 Uhr Genosse J. Dinsliewicz-Kattowitz über: Streikbrecher, Strafen-schlächten und das Scheitern der Reaktion nach einer neuen Buchtausvorlage.

Dombrowka, 18. Oktober. Gefahre von Grube beim Einbau einer Ränge wurde der Bergmann Korus von der Dombrowka-Mühle infolge pöblicher Verhöhnung des Obergewerkschaftsvorstandes von den drabfallenden Gewerkschaften schwer verletzt. Unter den reitenden Verletzungen am Oberkörper hat er noch einen Bruch des Kreuzes davongetragen. Mittels Krankenwagens wurde er ins Städtische Krankenhaus transportiert, wo er hoffnungsvoll darniederliegt.

Larnowitz, 18. Oktober. Unfall. Auf der Straßensackgasse jagt sich der Bergmann Wilh. aus Larnowitz infolge einer Verletzung sehr schwer Körperverletzungen zu. Sein Zustand ist bedenklich. — Durch Abgang eines wichtigen Rohmaterial wurde der Glaser Dzial aus Beuthen auf der Steingrube verletzt.

Beziehungen der römischen Wachs-Notierungskommisionen.
Wochen, den 17. Oktober.

		alt		neu		per 100 Kilogramm	
	1909/10	1910/11	alt	neu	1909/10	1910/11	
Wachs, weiß	19 50	19 50	19 50	17 00	17 50	17 00	50 00
Wachs, gelb	19 25	19 25	19 25	17 00	17 00	17 00	50 00
Wachssäure	25 00	25 00	24 50	19 50	20 00	19 00	50 00
Stearine	14 00	14 00	14 00	14 00	14 00	14 00	—
Seife	18 00	18 00	18 00	18 00	18 00	18 00	—
Fett, alt	18 75	18 75	18 75	18 75	18 75	18 75	—
Fett, neu	18 75	18 75	18 75	18 75	18 75	18 75	—
Seifen-säure	20 00	20 00	20 00	20 00	20 00	20 00	—
Öl	18 00	18 00	18 00	18 00	18 00	18 00	—
Wachssäure	20 00	20 00	20 00	20 00	20 00	20 00	—

Gen pro 50 Kgr. 8.00—8.50 W. M.
Larnowitz pro 50 Kgr. 8.00—8.50 W. M.
Gr. -Brosch 50 Kgr. 1.40—1.40 W. M.
Breslauer Viehmarkt. Markt wöch. per 100 Kgr. Schl. und Junge
Weizenmehl 60 rubig 25.00—25.50 W. M., Roggenmehl 60 rubig 21.50—22.00 W. M.,
Roggen-Großmehl 60 rubig 21.00—21.50 W. M., Roggen-Futtermehl wöch.
10.00—10.50 W. M., Weizenmehl mittl 8.50—10.00 W. M.

Briefkasten.

- E. Erdmannsdorf, 1. Dez. 1909** der Anstaltsverwaltung spricht von der Restitutionsfrage, d. h. von der Wiedererstattung des Verfahrens. 2. Das Buch sollte 6 W. M.
- D. König Wenden** Sie sich an den Vorsitzenden des Kundendienstvereins H. Haerzel in Breslau 6, Friederichstraße 100 a.
- B. R. 25.** Lassen Sie den Eid, damit die Sache endlich erledigt wird.
- C. u. 23.** Die Höhe der Alimente an uneheliche Kinder richtet sich nicht nach dem Stande des Vaters, sondern nach dem der Mutter.
- W. D. 12.** Heirat bricht nicht ohne weiteres den Dienstvertrag; das Mädchen muß, wenn nichts besonderes verabredet worden ist, das laufende Vierteljahr abarbeiten und kann dann erst den Dienst verlassen.
- D. Bräderstraße 1.** „Allgemeine Arbeiter-Zeitung“ in Berlin. 2. Wie wahren Sie vor dieser Kasse.
- R. S. und W. C.** Anfragen ohne Namensnennung und Wohnungsansgabe beantworten wir nicht.
- H. Neumarkt.** Die Kassente sind nicht verpflichtet, das Petroleum zu liefern.
- A. Bahnhofstraße.** Sie können der Ortskrankenkasse auch dann als freiwilliges Mitglied angehören, wenn Sie anderswo wohnen.
- E. Canth, 1. Ja. 2.** Das wissen wir nicht. 3. Im vorigen Jahre sind dort Kalender bestellt worden; in den nächsten Tagen werden die für 1911 verbreitet.

Verantwortliche Redaktion: Grafen Hof. — Redaktion und Geschäftsstelle: Fraunhoferstraße 7. — Verlag von Oskar Schöck. — Druck von Th. Schöck. G. v. d. S. — Sämtlich in Breslau. — Dienstag 7. Wellagen.

Aus der Geschäftswelt.

Kindergattverkrümmungen und ihre Korrektur! Die Rückgattverkrümmungen kommen bei Kindern viel häufiger vor, als man im Allgemeinen annimmt, namentlich in Familien, wo die Eltern wegen Zeitmangel oder Interesslosigkeit die regelmäßige Kontrolle der physischen Entwicklung ihrer Kinder unterlassen. Besonders in den Schuljahren ist die Gefahr der Rückgattverkrümmungen in Folge der immer noch sehr unhygienischen Konstruktion der Schulbänke besonders groß und zwar bei Mädchen infolge der ruhigeren Sitzweise größer, als bei Knaben. Die unehelichen Körperlichen Leiden solcher armen Geschöpfe werden durch das entstellte Aussehen noch erhöht und es ist Pflicht aller rechtsamen Eltern, Kritik auf die Entwicklung der Kinder zu achten und selbst die kleinste Verkrümmung mit höchstem Interesse zu verfolgen. Zahlreiche Erfolge hat auf diesem Gebiete der nach den Patenten des berühmten Veager Orthopäden Haus angefertigte Apparat zu verzeichnen. Die Haptulation dieses Apparates hat die Fabrik orthopädischer Apparate H. Wenzel, Gleiwitz, zu ihrer Hauptspezialität gemacht und richtet an allen größeren Orten Deutschlands eigene Geschäftsstellen mit sachkundig geschultem Personal ein. Solche Geschäftsstellen sind zunächst in Gleiwitz, Berlin, Hamburg, Breslau eingerichtet, weitere werden in Kürze eröffnet.

In der Wohlthätigkeitslotterie für die Armen und Kinder Gleiwitz fiel der 4. Hauptgewinn, ein Brillanteneinmal im Werte von 750 W. M. auf die Nummer 12,183 in die Kollekte von Rudolf Reitz, Breslau, Gartenstraße 23.

Kufeke Taugenstreich — Bittere
Nahrung für
Bruchdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.

Die *genuinen* *Haupten* *entgegen* mit Recht **Walters echten Malz-Kaffee.** (Nur durch mit *wahre* *Malz* *Malz*).

Sunlicht Seife

10 & 25 Pfennig

Bravo! „Bravo“ sagt entzückt das Frauchen, „So hätt'ich mir's nicht gedacht! Wundervolle Sunlichtseife! Wäsche blütenweiss sie macht!“

Woll- und Wollwaren
Barth, W., St. Elisabethstr. 20, grüne Woll...

Reinelt, C. A., Alsterstr. 12, (Zw. Alster...
Wiedel's J. Nachf., Gröblichstr. 30...

Zigaretten u. Zigarren
Alquanti Nr. 2 u. 3
Hilfer, Otto, jr., Ring 48, Tabak...

Gottschalk, H. T., Sohn, Reichenstr. 10
Graf, Max, Schwanenstr. 56...

Campke, C., Reibelstr. 11, Alster...
Kampke, C., Reibelstr. 11, Alster...

Raucht Sur-Sar-Bina
Raucht „Schnipfel de Bon“
Raucht Okassa Zarrolo Haloppi 3

Stadt-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr
„Lauhäuser“

Lobe-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr
„Der Feldherrnhügel“

Thalia-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr
„Die vergessene Glocke“

Schauspielhaus
Dienstag 8 Uhr
„Die feinsche Zusage“

Liebl's Etablissement
Täglich
Chantecler Schneider-Duncker

Viktoria-Theater
Orduna
„Der spanische Garaje“

Zeltgarten
Dir.: H. Krasnik
12 ganz neue Attraktionen!

Palmengarten
Dir.: H. Krasnik
Oktoberfest in München

G. M. Trapp
Tanz-Schule
Messergasse 14/16

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Sonntag, den 23. Oktober, im großen Saale des
Gewerkschaftshauses

Volksvorstellung 1910/11.
Für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.
Thalia-Theater.
Sonntag, den 23. Oktober 1910

Wohlfühl
irrtlich
reelle und gute Möbel
Siegfried Brieger

Pfänder-Auktion
Mittw. November cr. 5228
Pfleider-Institut



Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht

„Was trinken Sie zum Frühstück?“
„Rathreiners Malztaffee!“
„Warum?“
„Weil er das bekömmlichste, wohlschmeckendste und billigste tägliche Getränk ist.“

persil
Wasst Spitzen, Gardinen, Batist, Waschseide,
alle zarten Stoffe beim Waschen
Henkel's Bleich-Soda

Eine politische Satyre
ersten Ranges!
Warum ich kein Sozialdemokrat bin!
Preis 50 Pfennig.

Damen-Filzhüte
billigst direkt in der Fabrik
Freund & Krebs

Rohrbandhandlung
Carl Rother & Rode
Breslau L. Nummer 26.

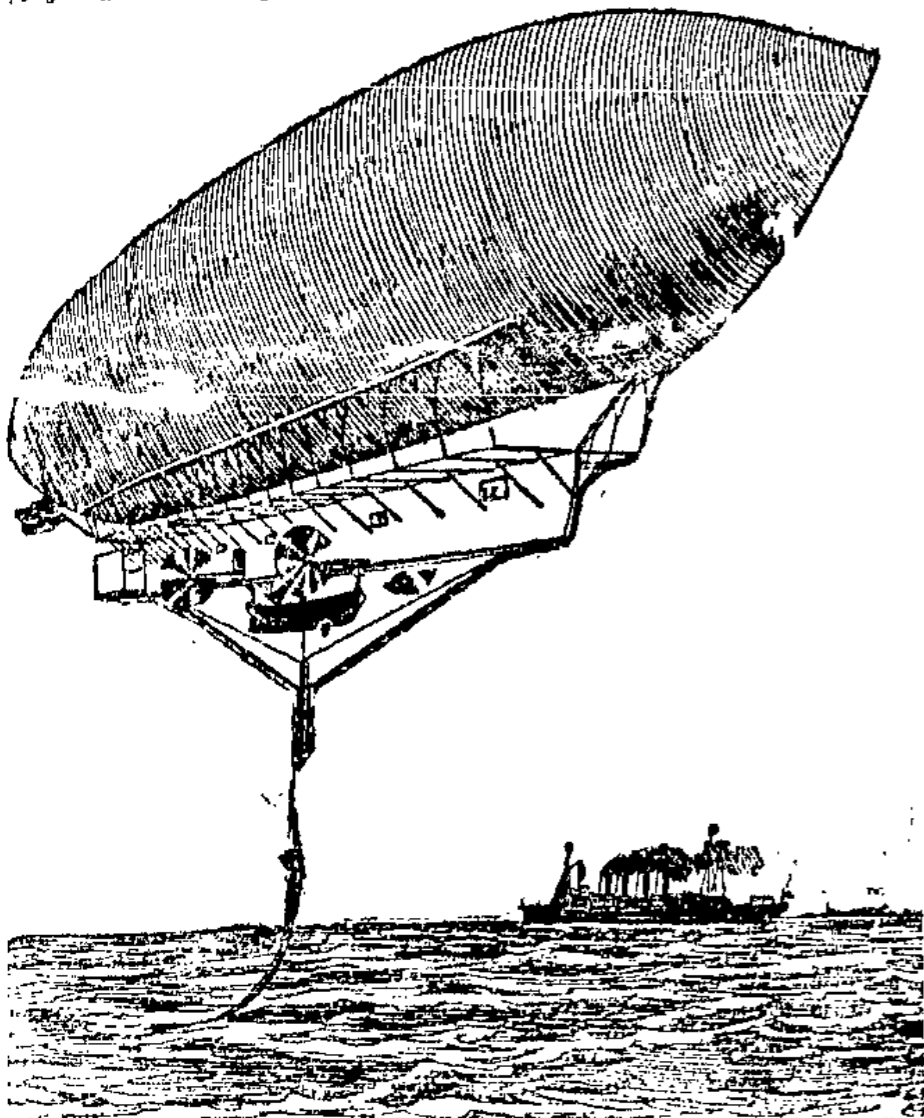
1 Tropfen Geolin
putzt blitz-blank jedes Metall u. Glas
Chemische Fabrik Düsseldorf A.-G.

EUBIOSE
das wirksamste Kräftigungsmittel
Preis M. 2,25 pr. Flasche

Diese Woche: Im Parterre-Lichtlof
Grosser Reste-Verkauf
M. Schneider, Neue Schweidnitzerstrasse 1.
10% Extra-Rabatt

Im Luftschiff über den Ozean.

Der durch seine erfolglosen Nordpolfahrten bekannte amerikanische Journalist und Luftschiffer Walter Wellmann macht wieder einmal die Welt von sich reden. Wellmann flog mit seinem Luftschiff am Sonnabend 18 Uhr in Atlantic City zum Flug über den Atlantischen Ozean auf. Außer dem Führer der Expedition befinden sich sechs Personen in der Gondel des Luftschiffes, in welcher auch ein Apparat für drahtlose Telegraphie angebracht ist. Während die ersten Stunden der Fahrt, die im dichten Nebel begann, glatt verliefen, und die Verbindung zwischen der Telegraphenstation an Bord sowie der des Ausgangspunktes tadellos funktionierte, war es trotz mehrfacher Versuche in den ersten Stunden nicht mehr möglich, eine Verbindung mit der Telegraphenstation des Westküsten zu erhalten. Man nimmt daher an, daß die tollkühne Unternehmung der Amerikaner bereits ein vergebliches Ende gefunden hat.



Wellmanns Luftschiff für die transatlantische Expedition

Unser Bild zeigt den Luftballon Wellmanns, welcher dem Zeppelinischen Typ an Größe nur wenig nachsteht. Das Luftschiff nach einem Entwurf Wellmanns angefertigt, ist ein Werk des amerikanischen Ingenieurs Navran, der ebenfalls an der Fahrt teilnimmt. An Stelle der Gondel trägt der Luftballon ein Stahlboot, das untafelbar sein soll, die Benennung bei einer unglücklichen Landung auf dem Meere aufzunehmen, und bis zum Eintreffen von Rettungsmannschaften über Wasser zu halten. Das Luftschiff, welches übrigens auf den Namen „America“ getauft ist, hat eine Länge von ca. 80 Metern und eine größte Breite von 18 Metern; es wird von einem erfahrenen Seemann, dem früheren ersten Offizier der „Decatur“ Murray Simons, geführt. Das Eigenartige an dem neuen Luftschiffstyp ist der Equilibriator, eine fortlaufende Kette von über 20 Behältern mit Gasolin. Der Equilibriator, welcher hinten vollständig schleppt, dient sowohl zur Regulierung des ruhigen, gleichmäßigen hohen Fluges des Luftschiffes, sowie auch zur Aufbewahrung des Gasolinvorrates.

Die Ausichten Wellmanns auf ein Weltumfliegen des Fluges werden von den äronautischen und meteorologischen Fachleuten recht gering eingeschätzt.

Major von Tschudi äußerte sich über die Wellmannsche Fahrt in äußerst abfälliger Weise. Es sei geradezu ein Verbrechen, Menschenleben einzusetzen zu einer solchen Fahrt über den Ozean zu einer Zeit, da noch viel zu wenig Erfahrungen

über längere Wasserfahrten vorliegen. — Professor Berlin, der bekannte Aerologe, beurteilt die Wellmannsche Fahrt vom meteorologischen Standpunkte ebenfalls sehr abfällig. Es sei keineswegs zu erwarten, daß der Wind mit der Regelmäßigkeit aus West kommen würde, wie der Amerikaner es sich gedacht hätte. Kaum wahrscheinlich sei es, daß in den drei Tagen, die immerhin unter den günstigsten Umständen für den Flug zu rechnen wären, nicht auch die Wetterverhältnisse gänzlich andere würden. Auch nur ein kleiner Sturm mit abwechselnder Windrichtung müsse das Verhängnis herbeiführen. — Gehelrat A. B. m. n. u. vom königlichen Observatorium in Lindenbera i. M. äußerte sich folgendermaßen: Es ist außerordentlich unwahrscheinlich, daß Wellmann irgend etwas erreichen wird. Die ganze Sache ist sehr gewagt, das Unternehmen unglaublich tollkühn. Ueber die Besatzung der Gondel wird mitgeteilt: In der Gondel befanden sich außer Wellmann der Chefingenieur Nelson Hartman, der Führer des Ballons Simons, der Funkentelegraphist Krwin und die Maschineningenieure Albert Louis und John Hubert. Der Molorenfachverständige Jacou fuhr nicht mit, wie verlautet, infolge eines Zwistes über das Gehalt.

Keine Nachricht vom Ozeanflieger.

Aus Siasconset (Massachusetts) wird vom 17. Oktober gemeldet: Die hiesige Station für drahtlose Telegraphie wechselte heute mit einer Anzahl von Dampftelegraphen. Kein Dampftelegraph hat aber etwas von Wellmann gehört. Der Dampftelegraph meldete, daß gestern Abend ein schwerer Sturm mit starken Flügen und Regenfällen wüthete. Dann klärte sich das Wetter auf und es sei stille See gewesen.

Am Abend zuvor war folgende Depesche in Siasconset mittels Funkentelegraphen eingetroffen: Alles geht gut. Wir haben eine abweichende Richtung eingeschlagen, um auf die Route der transatlantischen Dampfer zu kommen. Wir müssen 300 bis 800 Meilen von der Küste entfernt sein. Die genaue Position kennen wir nicht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Oktober.

Geschichtskalender.

19. Oktober.

- 1745 Der Satiriker Jonathan Swift in Dublin †.
- 1863 Der Schriftsteller Gustav Freytag in Coold (Dithmarschen) †.
- 1907 Behmann-Hollweg predigt den Arbeitern Sparsamkeit und Frömmigkeit.

Die bevorstehende Landtagswahl und die sozialdemokratische Partei.

Wie jetzt genau bekannt wird, müssen am 21. November 610 Wahlmänner in 403 Bezirken neu gewählt werden, davon 193 in der ersten, 213 in der zweiten und 204 in der dritten Abteilung. Der sozialdemokratische Verein beschäftigte sich in seiner gestrigen gutbesuchten Versammlung mit der bevorstehenden Wahl.

Genosse Löbe gab einen Rückblick auf die bisherigen Landtagswahlen in Breslau und erinnerte daran, daß es der Partei gelungen sei, im Jahre 1898 im ganzen 88 Wahlmänner, im Jahre 1900 schon 102, im Jahre 1903 aber 222 und 1908 sogar 305 Wahlmänner zu erobern. 1898 und 1900 sind diese unsere Wahlmänner schließlich für die liberalen Kandidaten eingetreten und haben die Abgeordneten Schmieder, Gothein und Wetschka wählen helfen. Als sich im Jahre 1903 die Freisinnigen weigerten, uns ein Mandat abzugeben, haben die 222 sozialdemokratischen Wahlmänner, die ihre Namen für Schippel, Schütz und Bernstein abgaben, den Saal verlassen und darauf siegte die konservativ-kerikale Liste mit den Namen Strosser, Wagner, Zische mit 742 gegen 558 liberale Stimmen. Nennlich sei es 1908 gewesen, wo allerdings sozialdemokratische Abgeordnete nicht teilnahmen, daß die reaktionären

Parteien mit 846 Stimmen im ersten Wahlgang über 470 liberale und 805 sozialdemokratische Wahlmänner siegten. Der Beschluß des Mainzer Parteitages verpflichtet uns, auch jetzt in die Wahlaktion einzutreten, wie es die Berliner Genossen vor einigen Wochen getan haben. Es würde nennigens in Deutschland verstanden werden, wenn wir unseren großmüthigsten Kreis in dieser Situation der Reaktion ohne Schwerstreich überließen. Das kann auf keinen Fall geschehen und deshalb empfiehlt der Vorstand des Vereins einstimmig die Beteiligung an der Wahl.

Durch ein Schreiben der Demokratischen Vereinigung ist nun ein Zusammengehen der gesamten Linken bei den bevorstehenden Wahlen angeregt worden. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins empfiehlt, darauf zunächst nicht einzugehen. Erst müssen die Wahlmannswahlen zeigen, wie stark die einzelnen Parteien zur Abgeordnetenwahl vertreten sind, dann wird es sich zeigen, welche Maßnahmen zu treffen sind. Will aber die Fortschrittliche Volkspartei, die uns früher zurückgewiesen hat, ein Zusammengehen mit uns herbeiführen, dann muß sie mit ihrem Vorschlag schon selbst an uns herankommen. Es könnte sich dabei auch nur um ein Kompromiß für die Stichwahl handeln. Aber wir wissen noch gar nicht, ob eine solche notwendig wird, deshalb empfiehlt der Vorstand, zu beschließen, daß der Wahlkampf mit einem eigenen Kandidaten geführt wird. Die Versammlung nahm diese Mitteilung mit Beifall auf. An der Diskussion betheiligte sich nur Genosse Heimann, der nach allem vorangegangenen nur ein Kompromiß für empfehlenswert hält, nämlich, daß die Liberalen für unsere Kandidaten stimmen.

Die Versammlung beschließt Johann einstimmig, daß die Sozialdemokratische Partei in den Wahlkampf eintritt und stellt als Kandidaten den Genossen Löbe auf. Alles andere bleibt späterer Beschlussfassung überlassen.

Die Genossen werden aufgefordert, am Sonnabend, Sonntag und Montag die Wählerlisten zu den Landtagswahlen in der Zwingerstraße einzusehen.

* Sozialdemokratischer Verein Breslau.

In der gestrigen Mitgliederversammlung erstatteten die Delegierten vom Magdeburger Parteitages ihren Bericht. Genosse Hoffmann gab einen Überblick über die gesamten Arbeiten des Parteitages und seiner Beschlüsse. Der Antrag Wiener-Breslau auf Herausgabe einer programmatischen Broschüre als Leitfaden zur Agitation ist dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen worden. Genosse Neulirch kam im Laufe seines Berichtes speziell auf die Budgetfrage zu sprechen. Im allgemeinen seien die Debatten in strenger Sachlichkeit geführt worden und sei kein Anlaß zu Klagen vorhanden. Einzelne Nebenwendungen allerdings wären besser nicht gefallen, z. B. die, daß ein großer Teil der Führer nicht mehr recht wisse wie es bei uns zu laufen gehe. Von Genossen Wedel, der hunderttausenden ein Erzieher ist und von dem wir alle wünschen, daß er uns recht lange erhalten bleibt, sollte man solche Worte nicht erwarten. Ähnliche Entgleisungen seien auch auf anderer Seite passiert. Die Mehrheit des Parteitages war von einer Erbiliterung gegen die Disziplinbrecher erfüllt, wie sie unter uns gar nicht üblich sein sollte. Das endgiltige Resultat, die Annahme des Antrages Zubeil wurde herbeigeführt durch die Erklärung des Genossen Frank, daß die Bundeser sich nach den Beschlüssen des Parteitages richten wollten, daß aber das Verhalten in der Budgetfrage abhängig von den Verhältnissen sei. Diese letzte Erklärung war ganz überflüssig. Was Frank damit sagen wollte,

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der naturwissenschaftliche Schriftsteller Professor Kurt Laskowitz ist in Götha im 62. Lebensjahre gestorben.

Der Name des Wissenschaftlers wurde besonders durch seinen zweibändigen Roman „Auf zwei Planeten“ bekannt, den er im Jahre 1897 geschrieben hat. Laskowitz, ein geborener Breslauer, war mit seiner Heimatstadt noch unbesonnen eng verbunden, weil er auch in Breslau studiert und in Schlesien (Matibor 1875) zuerst als Gymnasiallehrer tätig war. Von physikalischen Studien zuerst als theoretischen Problemen Philosophie her. Er schrieb auch Märchen und Erzählungen, deren Stoffe „oberen Problemen der Naturwissenschaft und Philosophie entnommen sind. Von seinen Werken sind bekannter geworden: „Nur um Mensch“ (Breslau 1878), „Beiträge zum Weltverständnis“, „Jener Bilder aus der Zukunft“ (Breslau 1878), „Seifenblasen“ und „Auf zwei Planeten“.

Stadt-Theater.

„Die Boheme“, Handlung in 4 Akten von G. Puccini.

Als „Festvorstellung“ anläßlich des Dreieigentages der vaterländischen Franzosen ging die „Boheme“ am Montag in Szene. Das Theater war in allen Rängen ausgezeichnet besetzt und man folgte den Vorträgen auf der Bühne, soweit das bei dem wässrigen Balletto und den abgerissenen Melodienböden, welche der Komponist in äußerst raffinierter Aufmachung dem Hörer vorwirft, möglich ist. Populär wird das Werk wohl niemals werden, denn es stellt an die Aufmerksamkeit des Auditoriums unmaßig hohe Anforderungen und vermag nicht durch Gegenleistung obrenkfälliger Melodie — die Vorbedingung zur Popularität — zu entschädigen. Die Darsteller gaben sich schließlich die größte Mühe, allen Faktoren gerecht zu werden. Neu besetzt war das Ensemble mit Herrn Carlfield-Meyer, der seinem bekannten Repertoire eine höchst gelungene Figur hinzugibt. Besonders war der Künstler ausgezeichnet disponiert. Dem Musiker Schaubard gab Herr Meyer, von dem leider kein Textwort zu verstehen war. In bekannter Güte sangen und spielten Frau Berghund und Mac Grew, sowie Herr J. J. P. Das Orchester spielte ganz vorzüglich, manchmal aber noch zu geräuschvoll, so daß die erste Szene zu lärmend ausfiel.

Aus aller Welt.

Ein schweres Grubenunglück hat sich schon wieder in Westfalen ereignet. Aus Herne wird gemeldet: Heute Mittag 1 Uhr 22 Minuten riß auf der Zeche Schamrock, Schacht 1, das am Freitag bei der Kohlenförderung bereits gerissene Seil, das nach neuer Wiederherstellung zur Leutebeförderung benutzt wurde, abermals. Die Körbe waren vollständig besetzt. Der eine in die Tiefe gehende Korb mit etwa 30 bis 35 Bergleuten dürfte zweifellos tief im Schumpfe stecken. Der andere Korb schnellte unter die Seilscheibe. Sämtliche Leute darin haben mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten.

Wenig nach dem Bekanntwerden des Unfalls wurden die Rettungsarbeiten in Angriff genommen. Es gelang, alle Verunglückten ans Tageslicht zu fördern. Drei sind tot, 13 schwer verletzt. Ein anderer Verunglückter starb auf dem Transport nach dem Hospital, sodaß im ganzen vier Tote zu verzeichnen sind. Es ist aber, da die Verletzungen meist in Brüchen der Wirbelsäulen und schweren inneren Kontusionen bestehen, zu befürchten, daß noch mehrere der Knappen ihr Leben einbüßen werden. Die Leute, welche sich in dem Förderkorb befanden, der gegen die Seilscheibe stieß, sind viel schwerer verletzt, als die anderen. In ihm befanden sich auch die Toten. Der in die Tiefe fallende Korb richtete nicht so viel Unheil an.

Die Zechenverwaltung teilt mit: Auf Schacht 1 der Zeche Schamrock-Herne wurde Montag Mittag gegen 1 Uhr 30 Min. aus noch nicht aufgeklärter Ursache der bei der Seilsahrt aufgehende Korb gegen die Seilscheibe gefahren, während der nach unten gehende Korb durch die unten verhängten Spurlatten unterhalb der dritten Sohle eingeklemmt wurde.

Bei dem Unglück dahinten vier brave Bergleute ihr Leben ein. Außerdem wurden 9 Bergleute schwer und 44 leicht verletzt. Der Bezirk ist vorübergehend mit auf den Schacht 2 übernommen worden.

Hier scheint eine strenge Untersuchung am Platze, es steht aus, als habe man an dem Seile jede Sorgfalt vermissen lassen.

Dem Muttergotteskloster in Czestochau. Aus Hamburg liegt eine Dramennotiz vor, daß dort Stanislaus J. J. J., der Bruder Macochs, verhaftet worden sei. Die Frau des ermordeten Macoch wurde aus Czestochau nach dem Petruskauer Gefängnis übergeführt.

Bischof J. J. J., dessen Befehlsgewalt das Paulaner-Kloster untersteht, hat folgende Anordnungen getroffen: Die Schlüssel zur Kirche sind von dem bischöflichen Kommissar zu verwahren. Die Reklambücher sind von diesem zu buchen und in einer besonderen Klasse zu verwahren. Die von den Gläubigen gespendeten Geldbeträge sind gleichfalls von dem Kommissar entgegenzunehmen, zu buchen und den Spenden darüber Mitteilung zu erteilen. Der Prior hat von sachlichen Beschwerden dem Kommissar Anzeige zu machen. Die Pilgerzüge werden von der weltlichen Geistlichkeit empfangen und in das Kloster geleitet. Die verstorbenen Oberbrüder sind jeden zweiten bzw. dritten Tag zu leeren, die daraus einmündigen Beträge zu buchen, vom Prior in Empfang zu nehmen, der darüber dem Kommissar zu quittieren hat. Die Löhne für das Dienstpersonal, die Arbeiter, Rechnungen, sowie alle Ausgaben für den Konvent sind vom Prior zu zahlen. Der gesamte Konvent wird ausnahmslos von dem bischöflichen Kommissar geregelt, sämtliches Klosterpersonal hat diesem unbedingten Gehorsam zu leisten. Diesem steht auch das Recht zu, Minderjährige aus dem Dienste zu entlassen. Den Konstanten, Klosterbrüdern und allen, die innerhalb des Klosters wohnen, ist es streng verboten, Fremde zu beherbergen. Zivildienstleistungen bederlei Geschlechts ist der Aufenthalt innerhalb der Klausur verboten, mit Ausnahme derjenigen männlichen Personen, die mit dem Prior oder dem bischöflichen Kommissar zu sprechen wünschen. Diese haben sich vorher anzumelden und die Genehmigung zum Eintritt abzuwarten. Dem bischöflichen Kommissar steht das Recht zu, weitere notwendig erscheinende Anordnungen zu treffen, ist aber verpflichtet, davon dem Bischof Mitteilung zu machen. Patres, die sich den Anordnungen nicht fügen, ist mit Zustimmung des Priors der Zutritt zum Altar und den Beichtstühlen zu untersagen.

Weitere Anordnungen regeln das Verhalten der Mönche. Gegen diese Anordnungen hat der gesamte Konvent, der sich hierdurch diskreditiert glaubt, Einspruch eingelegt. Am Montag erfolgte die Abreise des Bischofs nach Warschau, wo selbst über die weiteren Maßnahmen Beratungen stattfinden. Von einer gänzlichen Entzerrung der Paulanerbrüder aus dem Czestochauer Kloster soll abgesehen werden. Der Ausnahmezustand soll bis zur Beendigung des Prozesses vor dem Bezirksgericht in Petrikau bestehen bleiben.

Ein eigenartiger ärztlicher Verleumdungsprozess kam am Montag vor dem Schöffengericht in Charlottenburg zur Verhandlung. Drei ehemalige Assistenten des Professors Baum, der früher an der Charité war und jetzt die Amtsg. Universitäts-Frauenklinik leitet, kanden sich als Mörder und Angeklagte gegenüber. Der Privatdozent Dr. Stepmann beschuldigte

war schon in der vordringender Resolution enthalten, die Mehrheit aber war der Auffassung, daß Franz provokieren wollte und das führte zur Annahme des Antrages Jubel, der sich in der Partei nicht dauernd ausdrückt erhalten läßt. Die Breslauer Delegierten haben gegen den ersten Teil der Vorstandsresolution gestimmt, wonach die Subjektfrage eine grundsätzliche Sache sei. Das sei sie nicht, denn sonst müßte davon im Parteiprogramm etwas enthalten sein. Das Budgetgesetz sei ein Gesetz wie jedes andere und je nach seiner Beschaffenheit abzulehnen oder anzunehmen. Dagegen haben die Breslauer Delegierten für den zweiten Teil der Vorstandsresolution gestimmt, der den Vadersern Disziplinbruch vorwirft.

Von vornherein siehe wohl fest, daß ein Teil der Breslauer Genossen das Verhalten ihrer Delegierten entschieden verurteilen werden. Aber wenn sie sich auf dem Parteitag anders verhalten hätten, würde das wieder von anderen Genossen entschieden verurteilt werden. (Selbstkritik.) Allen kann man es niemals recht machen. In der Budgetfrage ist es notwendig, daß Genossen aus allen Teilen des Reiches einmal zusammenkommen, um die Frage einmal so gründlich durchzuüberlegen wie es nur in einer Kommission möglich sei. Die Beschlüsse des Parteitages seien keine ausreichende Klärung. Neben spricht dann im weiteren Verlaufe seines Berichts seine Genehmigung aus über die Eingabe, die in der Wahlrechtsfrage zum Ausdruck kam. Im Laufe der Zeit werden wir zur Anwendung des Massenstreiks kommen und es könne nicht gutgehen werden, wenn einzelne Gewerkschaftsführer die Diskussion über diese Frage unterbinden wollen. In einer erfolgreichen Durchführung eines solchen Streiks sei vor allen Dingen Klarheit in den Massen nötig und diese sei nur zu erreichen, indem man die Sache in Diskussionen nach allen Richtungen beleuchtet. Nicht weniger erfreulich sei die Stellungnahme des Parteitages in der Genossenschaftsfrage gewesen, der gegenüber die Partei nun endlich ihre Gleichgültigkeit aufgegeben hat.

Wie auf dem Parteitag, so solle es nun auch in Breslau sein. Nachdem die Meinungen heftig aufeinandergefloßen waren, vereinigte man sich wieder zur gemeinsamen Arbeit. Unsere Gegner, die auf eine Spaltung hoffen, werden nie auf ihre Rechnung kommen, wissen wir doch, daß nur eine einig und geschlossene Sozialdemokratie ihre Aufgaben erfüllen kann. (Lebhafte Beifall.)

Es ging nun ein Antrag ein, den Genosse Lenzmann begründete. Da im Verein nur selten die Gelegenheit zu theoretischen Auseinandersetzungen geboten sei, möge die Diskussion auf einen anderen Tag verschoben werden. Da der Verein noch zu den Wahlen Stellung nehmen müsse, werde sich im Anschluß an die Berichterstattung eine gründliche Diskussion doch nicht ermöglichen lassen. Die Versammlung stimmte der Vertagung zu.

Ueber die nun folgenden Verhandlungen betreffend die Landtagswahl in Breslau berichten wir an anderer Stelle. Zur bevorstehenden Stabsverordnetenwahl wurden die Genossen Löbe und Schütz als Jährlingkandidaten für die zweite Abteilung aufgestellt, um auch den in dieser Abteilung wählenden Genossen die Möglichkeit zu geben, ihr Wahlrecht auszuüben, ohne für gegnerische Kandidaten stimmen zu müssen.

A. Gegen den Kardinal Kopp

wendet sich mit einer Schärfe, die das Feuer noch weiter schüren wird, der christliche „Vergnapp“. Die Schuld an der Niederlage des Gewerkschaftsbundes bei den Knappheitswahlen tragen nach der Versicherung des „Vergnapp“ die im östlichen Deutschland dominierenden katholischen Fachabteilungen, deren Protektor der Kardinal Kopp ist. Diese Fachabteilungen, so folgert der „Vergnapp“, schließen ihre Mitglieder ganz ungenügend, so daß diese, wenn sie ins rheinisch-westfälische Industriegebiet auswandern, eine leichte Beute der Sozialdemokratie werden. Tatsächlich werde der Westen verfehlt, aber er werde verfehlt durch die Schächlein des Kardinal Kopp! Hören wir den „Vergnapp“:

„Wir gestatten uns, den Ausdruck „Verfehlung des Westens“ zu akzeptieren. Aber nicht in dem Sinne, wie ihn der Herr Kardinal Kopp gebraucht haben soll. Er paßt vielmehr in einem

seine beiden früheren Kollegen, den Berliner Professor Blumreich und den Breslauer Professor Kromeyer, daß sie sich beleidigend über seinen Charakter und sein ärztliches Verhalten geäußert hätten. Es handelte sich darum, daß dem Dr. Piepmann vorgeworfen worden war, er hätte im Sinne seiner eigenen Frau einen unzulässigen frauenrätlichen Eingriff vorgenommen, indem er unnötigerweise bei der Entbindung seiner Frau das Kind durch Perforieren tötete. In der Verhandlung wurde von dem Professor Blumreich u. a. angezogen, der Kläger Piepmann, der als hochgradig nervös bezeichnet wurde, habe bereits mehrere Monate vor der Entbindung seiner Frau einer Dame der Gesellschaft gegenüber erklärt, daß ihr die Schwangerschaft seiner Frau sehr unangenehm sei, und daß er das Kind der Dame gern töten würde, wenn sie es wünsche. Außerdem hatte er den Ablauf der Schwangerschaft durch einen unangelegenen Eingriff zum Stillstande gebracht töffen wollen, seine Kollegen in der Charité hätten dies aber bedenklich verweigert. Als es diese ablehnten, habe er es bei einem Augenarzt versucht. Auch hier habe er eine Abweisung geholt. Professor Dr. Blumreich, der selbst die Frau Piepmann behandelt hat, wollte auf einige nähere Details eingehen, er warte aber, daß zur Erörterung dieser Dinge ihn der Kläger seiner Schweigegeheimhaltung entbinde. Auf eine Frage an den Kläger erklärte Dr. Piepmann: „Scheimrat Krumm hat schon so oft seine Schweigegeheimhaltung gebrochen.“ Prof. Dr. Blumreich legte gegen diese Beleidigung des Professors Krumm Verwarnung ein. Scheimrat Krumm bestritt als Zeuge, daß er als behandelnder Arzt zu Frau Dr. Piepmann gerufen worden sei, und verwahrt sich dagegen, daß der Kläger allerdings keine Angehörigen des Hauses der Charité vor Gericht zur Sprache brachte. In der Sache spielte auch das Kastraten Dr. Piepmann als Arzt der Frauenklinik des Bundes für Mutterschutz eine Rolle. Er hat sich in dieser Eigenschaft den Titel Direktor beigelegt. Davon ausgehend kam man dann zu allerhand ärztlichen Einzelheiten. In der Beweisaufnahme wurde schließlich Frau Dr. Piepmann vernommen. Sie erzählte die Geschichte der Entbindung. Infolge von Krämpfen mußte das Kind perforet werden. Ihr Gatte nahm dabei eine Perforation vor. Sie habe zu ihrem Gatten ein solches Vertrauen, daß sie die Zuziehung eines anderen Arztes überhaupt für überflüssig erachtet habe. Ihr Mann wünsche aber, daß Scheimrat

andere Blunt. Man kann von einer Verfehlung des Westens, man kann von einer Verfehlung der Arbeiterbewegung im Westen reden. Sie erfolgt durch die Zuwanderung von Arbeitern, die vielfach so außerordentlich mangelhaft angefaßt, die so wenig in ihren religiösen Grundfragen gestützt sind, daß sie hier im Westen dem ersten Ansturm gegen ihre christliche Ueberzeugung erliegen und das große Meer der Sozialdemokraten fällen. Wie behauern, es anzusehen zu müssen: Ein großer Protestant wie dieser den Westen verfehlenden Elemente nennt aus der Dürse, der der Herr Kardinal Kopp vorsteht. Möge es bald anders werden.“

Die Noeren-Kleinführer werden sich diesen fetten Happen nicht entgehen lassen und den Breslauer Kardinal noch mehr als bisher gegen die unbotmäßigen christlichen Gewerkschaften aufheizen.

Auch auf dem schlesischen Parteitage der Zentrumspartei, der am Montag in Glatz stattfand, kamen die Gegensätze zur Erörterung. Der Vorsitzende des Parteitages, Justizrat Vorsch, der Rechtsbeistand des Kardinal Kopp, sagte in seiner Eröffnungsrede:

„Ich erinnere mich nicht, schwerere und unangenehmere Zeiten erlebt zu haben, als die gegenwärtigen. Mit größerer Feindschaft, als je, kamen Gegner von außen auf das Zentrum los. Ich erinnere an den jüngsten Parteitag der schlesischen Christlichen Volkspartei mit dem famosen Schlagwort: „Gegen Junter und Pöllner“. Ich erinnere an den sozialdemokratischen Parteitag, ich erinnere an die Generalversammlung des Evangelischen Bundes, ich erinnere an den nationalliberalen Parteitag oder richtiger an die große Rede des Hg. Wasserstrass, der in der revolutionären Partei keinen solchen unbedingten Feind sieht, wie in dem Zentrum, dem starken Vorkämpfer für Leben und Kultur. (Lebhafte Beifall.) Man sollte meinen, diese unsere armen Feindschaft müßte alle die, welche sich zur Partei des Zentrums rechnen, zu unzertrennlicher Einigkeit zusammenschließen, und müßte die, welche etwa noch abgerückt an unserer Seite stehen, zur unbedingten Erfüllung ihrer Pflicht in unseren Reihen anzuregen. Statt dessen begehen wir Strömungen, welche die Schaffensfähigkeit in unseren Reihen lähmen, in welche — ich muß das pflichtgemäß offen aussprechen — geeignet sind, den Bestand des Zentrums und damit den Erfolg seiner erhabenen Ziele zu gefährden. (Sehr richtig!) Würde der heutige und der morgige Tag dazu dienen, die Einigkeit unter uns nicht nur zu wahren, sondern auch zu festigen (Lebhafte Zustimmung) und neue Anhänger uns zu werben, damit den kommenden schweren Reichstagswahlen ein festes und einiges Zentrumsheer entgegenstehe, ein starkes Korps in der besten und einigen deutschen Zentrumspartei! Das wolle Gott! (Lebh. Zustimmung.)“

Wie der „Vergnapp“ ausweist, sieht man im Westen die Störenfriede in den Herren Fleischer, Vorsch und Kopp und denkt nicht daran, sich von diesem Dreigestirn einsacken zu lassen. Mit der Einigkeit dürfte es da sehr hopen.

Wenn wir Schlesier das sagen könnten!

Unser Thüringer Parteiorgan, die „Altenburger Volkszeitung“ widmet dem Vorsitzenden der dortigen Landesversicherungsanstalt folgenden Nachruf:

„Am 11. Oktober verschied nach längerem schwerem Leiden der Vorsitzende der Thüringischen Landesversicherungsanstalt, Geh. Regierungsrat Eile im 60. Lebensjahre. Der Verstorbene war ein Mann voll hohen sozialen Sinnes, ein Mann, der es auch verstanden hat, auf andere diesen Sinn zu übertragen. Wenn die Thüringische Landesversicherungsanstalt in so mancher Beziehung Einrichtungen geschaffen hat, die in erster Linie genannt zu werden verdienen, so ist das nicht in letzter Linie auf die fruchtbaren Anregungen des Geheimrats Eile zurückzuführen. Und wenn es der thüringischen Anstalt nicht gelungen ist, noch mehr auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für die Opfer des Kapitals zu tun, als sie getan hat, dann lag die Schuld sicher nicht an dem Verstorbenen, sondern an anderen Ursachen, die zu beseitigen nicht in seiner Macht lag. Die Arbeiterklasse wird dem selbstlosen sozialen Wirken des Verstorbenen, das frei von bürokratischer Beschränktheit war, ein dankbares Andenken bewahren.“

Dieser Nachruf beweist nicht nur deutlich, daß Sozialdemokraten die Pflicht der Dankbarkeit so gut kennen wie andere Leute, er läßt uns Schlesier auch bedauern, daß wir einen Mann von solch sozialer Gesinnung nicht an der Spitze der Landesversicherungsanstalt haben und nicht in die Lage kommen werden, dem Landeshauptmann v. Nischhofen einen ähnlichen Nachruf widmen zu können.

war Wochenlang vor der Entbindung getroffen worden. Als Professor Krumm erschien, war die Geburt bereits vorbei und die Perforation vollzogen. Als die Vergleichsfrage gestellt wird, erklärt Privatkläger sich bereit, auf einen Vergleich einzugehen, wenn die Beklagten eine bündige Schmerzensklärung abgäben. Davon wollten aber die letzteren nichts wissen. Nach dem sehr ausführlichen Plädoyer der Vertreter der Parteien gelangte das Gericht zu folgender Entscheidung:

Professor Dr. Kromer wird wegen Beleidigung Dr. Piepmanns zu einer Geldstrafe von 25 Mark und Tragung der Kosten verurteilt. Bei der von Professor Kromer gegen Dr. Piepmann erhobenen Widerklage wird letzterem die Anwendung des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugesprochen, und Dr. Piepmann demgemäß freigesprochen. Gegenüber dem anderen Beklagten, Professor Dr. Blumreich, erkannte das Gericht auf bündige Freisprechung.

Schreckenszüge im Zoologischen Garten zu Halle. Ein schweres Unglück hat sich Sonntagabend Nachmittag drei Uhr im Zoologischen Garten zu Halle an der Saale ereignet. Dort spielte das zehnjährige Töchterchen eines im Garten beschäftigten Malers in der Nähe des Bärensängers, als plötzlich der darin befindliche Löwe aus dem Käfig ausbrach und auf das Kind losfiel. Das Kind fiel und wurde etwa zehn Meter vor dem Käfig von dem Bären erreicht und durch Bisse schwer verletzt. Ein Wärter eilte hinzu, um das Kind den Lagen des Bären zu entreißen. Das Tier ließ darauf von dem Mädchen ab und säugte sich auf den Wärter, der in das Elefantenhaus flüchtete. Der Bär leckte ihm nach und verzehrte ihn ebenfalls schwer. Dann stürzte sich das Tier auf zwei im Elefantenhause befindliche Ziegen und tötete sie. Der Bär wurde schließlich von einem Oberkellner des Restaurants mit einer Fischeigenschaft erschossen.

Großfeuer in Ungarn. In der Gemeinde Dobocz wurde durch spielende Kinder ein Großfeuer verursacht, dem 18 große Bauernwirtschaften zum Opfer fielen. Bei der Lösungsarbeiten wurden mehrere Personen verwundet.

Gehwasser in der italienischen Provinz Piemont. Im südlichen Piemont richtete das Hochwasser großen Schaden an. Im östlichen sind sämtliche Brücken weggerissen worden. 20 Passagiere eines Bootes der weder vor noch rückwärts konnte, mußten ihren

„Man muß sich schämen, ein Preuße zu sein.“

In einem ihrer bekannten Heftartikel gegen die Arbeiterschaft, die gewöhnlich mit einer fastigen Frömmigkeit durchzogen sind, schrieb die vornehme „Schlesische Zeitung“ am 2. Oktober:

„Nach die Moabiter Ausschreitungen sind ja aus der Feindschaft gegen die Arbeitswilligen der Firma Kupfer u. Co. entstanden. So ist der Geist, der das verbrecherische Treiben dieser „Jahrgänge“ befeuert hat, großgefallen, so werden auch, Eitel, Vaterlandsgefühl den Massen angeblieben. Was soll man von der Geselligkeit eines Liebkecht erwarten, der an dem sozialdemokratischen Parteitag zu sagen wagte, bei dem Worte: „Ich bin ein Preuße“ überlasse ihn ein Schamgefühl. Es gibt in der deutschen Sprache kein Wort, das genügend wahr, den Tiefstand dieser Gesinnung zu kennzeichnen. Sie offen ist es, die solche Vorwände erklährt macht, wie wir sie jetzt in der Hauptstadt des Reiches erleben müssen, und nichts vermag die Sozialdemokratie von der Schuld an ihnen zu befreien.“

Wir machten die „Schles. Zig.“ sofort darauf aufmerksam, daß sie sich an die falsche Adresse gewandt habe und daß der Zentrumsabgeordnete Sieberts das angefochtene Wort geprägt hat. Diese Nichtbeachtung scheint unser Junferorgan übersehen zu haben und wir machen es deshalb erneut darauf aufmerksam, daß der Zentrumsabgeordnete Sieberts bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in der Reichstags-Sitzung vom 26. November 1908 nach dem amtlichen stenographischen Bericht gesagt hat:

„Ich muß offen stehen, auch der Gesetzentwurf in seiner Verfassung, wie Herr Justizrat Erlingsson das schon angedeutet hat, vertritt ganz entschieden ein großes Stück preussischen Volkstümlichkeit und allmählich kommt das so weit, daß man sich fast schämen, draußen in der Welt sich als Preuße zu bekennen (Nurwähler, anhaltender Beifall), weil man immer wieder hören muß, daß in unserem engeren Vaterlande so wichtige Kulturforderungen, wie das Koalitionsrecht, unerfüllt bleiben. (Widerwärtiger, häßlicher Beifall links.) Wir Rheinländer verwahren schon lange und da gegen. Preußen“ in diesem Sinne zu sein.“

Wird die „Schlesische Zeitung“ jetzt vielleicht so freundlich sein, den „Tiefstand der Gesinnung“ bei ihrem Lokalbruder Sieberts zu konstatieren? Oder kommt's ihr auf die kleine Bemerkung der eigenen Leser nicht an?

Arbeitswilligentransport zu Dorndorf.

Ruffen erreichte am Montag Vormittag ein Transport von Streikbrechern, die von Somburg und Berlin nach Breslau gebracht wurden. In sieben Transporten wurden 37 Personen vor die Fabrik gefahren. Unter falschen Vorwänden waren die Menschen angeworben, 25 Mark Wochenlohn und Verpflegung waren ihnen zugesagt, und auch, daß kein Streik sei, war ihnen gegenüber behauptet worden. Erst als der Zug bereits in Bewegung war, erfuhren die Angeworbenen die Wahrheit. Der Agent verließ sie in Berlin und schickte nur zwei Transporteure mit. Groß war die Enttäuschung sowohl der Streikbrecher als der angeworbenen Leute, als im Hofe Versammlung abgehalten wurde. Als die „Zuschneider und Schuhmacher vorstreten“ sollten, waren keine dabei! Auch will die Firma den versprochenen Lohn nicht bezahlen, denn die als eingerichteten Leute verdienen nicht so viel, als den Streikbrechern versprochen wurde. Nicht nobel war die Wirkung, ein Stück Brot und für 10 Pfg. Wurst, das war das Mittagessen. Zum Abend sollte es warmes Essen aus dem Speisehause geben. Der Ankleideraum im Betriebe sollte als Schlafstätte dienen; auf Brettern und Strohsäcken sollte die erste Nacht verbracht werden. Alle verlangten jetzt Rückreise- und Lohnschädigung. In welchem Maße steht nun die Firma Dorndorf da, die unausgeseht von der Polizei bewacht wird. Laßt sich niemand durch Versprechungen verleiten, zum Arbeitswilligen zu werden.

Zum Streik bei Dorndorf.

Das „Schuhmacher-Fachblatt“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer folgenden Brief, der mit dem Streik bei Dorndorf in direkter Verbindung steht:

Mechanische Schuhfabrik. R. Dorndorf.

Breslau, den 5. Okt. 1910.

Herrn

„Auf Ihre Zuschrift am 20. September zurückkommend, teilen wir Ihnen mit, daß der größte Teil unserer Leute streikt, weil wir ihnen die geforderte 9 stündige Arbeitszeit nicht bewilligt haben; wir können Sie daher sofort einstellen.“

Anfangs würden wir Ihnen je nach Leistungen 20—25, auch bis 28 Mark Wochenlohn bewilligen und sehen wir Ihrer Nachsicht oder event. sofortigem Eintritt entgegen.“

Durch etwaigen Streikposten dürfen Sie sich, wenn Sie hervorkommen, nicht beirren lassen, sondern können sich an die Schuhleute halten, welche sich ständig in der Nähe unserer Fabrik befinden.“

Mechanische Schuhfabrik R. Dorndorf.

Unterstützt

Die Polizei, das Mädchen für alles, soll helfen. Gewiß, sie hilft! Was die Polizei gegen die Streikposten tun kann, das tut sie, uniformierte wie in Zivil ist stets zum Schutze der Arbeitstüchtigen zur Stelle. Am gestrigen Montag waren die Streikenden wieder vollständig verammelt. Seit letztem Freitag schlossen sich 20 weitere Kolleginnen und Kollegen dem Streik an. Herr Stoll, der in Breslau bekannte frühere amerikanische Meister und jetzige Hamburger Farbenreißer, ist wieder in Breslau, desgleichen der von Dorndorf und Wohlauer entlassene Ermeister Morawel. Ob sie bei dem Streik Vorbeeren eintun wollen, wissen wir nicht.

„Besichtigung der Oberanlagen. Am Sonntag Abend sind der Finanzminister Dr. Lenz, Minister der öffentlichen Arbeiten v. Treitschke, der Staatssekretär der Bauverwaltung im Eisenbahnministerium Freiherr v. Cöls von der Brügggen und der ehemalige Oberpräsident im Breslauer Oberpräsidentium, jetzige Staatssekretär im Finanzministerium, Doktor Michalts, in Breslau angekommen.“

Der Ministerbesuch, für den eine dreitägige Vereinerung der Ober von Breslau bis zur Reifeherkunft vorgehen ist, hat den Zweck, schwerwiegende Fragen des Ausbaues der Schiffsverkehrs von der Reifeherkunft bis Breslau, des Schiffsverkehrs nach Breslau und der Herstellung eines Großschiffahrtsweges durch Breslau zu beraten. Am Montag beinhalten die Herren zunächst die Technische Hochschule, wo sie vom Oberbürgermeister Dr. Lender, Stadtbaurat u. Schulrat Dr. Haffe begrüßt wurden. Darauf beinhalten sie die Gasse mit den Vertretern des Magistrats an den Regierungsdampfer und beführen von der Schillingstraße aus den Breslauer Großschiffahrtsweg. Eine Besichtigung der Schleuse auf der Schiffschleuse, wo auf das Gefälle und seine starken Nachteile für die Schiffsfahrt hingewiesen wurde, folgte der Besuch des neuen Dampfer-Schiffs und der projektierten Kanalfahrt Schillingstr. Auch die anderen und die geplanten Schleusanlagen und schließlich die Kaiserbrücke wurden in Augenschein genommen. Frntz, Dienstag, legen die Herren ihre Inspektionsfahrt nach Briesg fort; für Mittwoch ist eine Fahrt durch das Schwarzwasser- und Weibetal beabsichtigt.

Neueste Nachrichten.

Zum Oceanfluge Wellmann.

David, 18. Oktober. Die letzte Besuche, die aus London über Wellmann eingetroffen ist, besagt, dass Wellmann bereits ein Viertel seiner Reise zurückgelegt hat. Alles geht gut an Bord; aber man könne nicht genau den Ort bestimmen, an dem sich der Ballon gegenwärtig befindet.

New York, 18. Oktober. Die Maritimonische Compagnie in Neuschottland meldet, dass die Postkutsche eine Verbindung mit dem Ballon 'America' herzustellen, vorgeblich gelungen seien.

London, 18. Oktober. 'Times' berichtet aus New York: Man glaubt, dass Wellmann seinen Weg verloren hat. Gestiger Sturm wütet am Cap Cod.

5 Jahre Gefängnis!

Mühlheim a. d. Ruhr, 18. Oktober. Das Kriegsgerechtigkeitsteil den Radfahrer Franz Peter von der 4. Kompanie des 179. Infanterieregiments wegen Trunksucht im Dienste und tätlichen Angriffes auf Vorgesetzte zu fünf Jahren und einem Tage Gefängnis.

Die Beendigung des französischen Eisenbahnstreikes.

Paris, 18. Oktober. Die ausländischen Eisenbahnarbeiter hielten gestern eine Versammlung ab, in der die Fortsetzung des Streiks beschlossen wurde.

Berlin, 18. Oktober. Nach den letzten Feststellungen sind von den 70 Verletzten, die sich in beiden Hochdruckboiler befanden, drei getötet, acht schwer und die übrigen 59 sämtlich leichter verletzt.

Szentlocahu, 18. Oktober. Die Witwe des von seinem Bruder dem Mönch Macoch ermordeten Postbeamten wurde aus dem Gefängnis in Genesio nach Viedro überführt.

London, 18. Oktober. Aus Hanken wird telegraphisch, dass dort eine der größten Porzellanfabriken, die Empire-Porzellanfabrik, durch eine riesige Feuerbrand fast zerstört worden sei.

Belgrad, 18. Oktober. In der Nähe von Rumanowo wurde durch eine Dynamitombe ein Getreidezug, der nach Saloniki unterwegs war, fast gefährdet.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with columns for location, date, and water level measurements. Rows include locations like Tils, Königsberg, and others with corresponding data points.

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus. Dienstag, den 18. Oktober. Arbeiter-Versammlung im Saale. Arbeiter-Versammlung im Billardzimmer. Arbeiter-Versammlung Zimmer 1, in beiden Räumen.

Die weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Breslau machen wir wiederholt darauf aufmerksam, dass Donnerstag, den 20. Oktober, Abends 8 Uhr, zum ersten Male gleichzeitig in acht Lokalen der Frauen-Abend abgehalten wird, den sie selbst gewünscht haben.

Konsum- und Sparverein 'Vorwärts'. Freitag, den 21. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: Sitzung sämtlicher Funktionäre im Gewerkschaftshause. Tagesordnung: 1. Vortrag über: 'Von München bis Magdeburg'.

Weg-Sperreung. Der Durchgang von Berliner Chaussee nach dem Neutischer Weg bzw. Strieganer Chaussee am Veldeberg vorbei, der die Schuhfabrik Dornbort berührt, ist von der Firma gesperrt worden.

Einige Berichte von der Brüsseler Weltausstellung. Der Delegierte der Konferenz der Gewerbevereinigter in Köln, Genosse Frank, der sich die Gelegenheit wahrnahm, die Brüsseler Weltausstellung zu besuchen, erlitt am Sonntag im Gewerkschaftshause in einer Schmitzederer-Versammlung einen Bericht.

Der Polizeipräsident und der Kraftschleppführer. Einiges Tages wurde der Chaussee W. auf dem Standplatz am Zwingerplatz auf seinem Auto bewußlos vorgefunden.

Weil er den Direktor nicht ehrerbietig grüßte. Ein junger Mensch, der in der Breslauer Filiale der Landbank in Berlin, Aktiengesellschaft, als Schreibhilfe angestellt war, ist entlassen worden, weil er seinen Dienst vernachlässigt.

Streit wegen Klänmung des Mühlbaches. Beim Landgemeinden klagen gegen den Amtvorsteher von Ne-Wittellwald im Kreise Groß-Wartenberg wegen Klänmung eines vollstehenden Bachlaufes.

Planauflösung betreffend den Umbau des Obersterbehördenhauses. Der Entwurf zum Umbau des bisseigen Obersterbehördenhauses wird vom 10. d. M. ab während 14 Tagen im Zimmer 8 der Abteilung 2 des Polizeipräsidenten, Rosenhauerstraße 11/13, 2. Stock, an jedermann Einsicht offen anliegen.

Brüsseler Schneiderverband. Die Mitglieder werden auch hierdurch auf die am Mittwoch, den 19. d. Mts., im Gewerkschaftshause, Zimmer 2, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht.

Vereinslicher Landesverein für Frauenrecht. In einer öffentlichen Versammlung, die heute Abend 8 1/2 Uhr in der 'Neuen Börse' stattfand, wird Frau Minna Laur aus Berlin über 'Frauenbewegung - Kämpferinnen - Staatsintereße' sprechen.

Das am Montag im Saale des Kunstvereins veranstaltete Konzert der beliebten Künstlerin wird im allgemeinen die gleiche, bereits bekannte Programmliste im all-gemeinen Saal, ein begeistertes applaudierendes Publikum, begeisterte und gemehrte Weiberholungen und Jubeln.

Der Handel mit Blumen und Kränzen ist vom Polizeipräsidenten für den Sonntag vor Allerheiligen, den 30. d. M., und für das Tolentfest, den 20. a. M., für die Dauer von 10 Stunden und zwar von 7-9 Uhr Vormittags und von 11 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends angeschlossen worden.

Das Eindecken der Brunnen mit Düngeer während des Winters ist im gesundheitlich-vollständigen Interesse durchaus unzulässig, worauf der Polizeipräsident unter dem Hinweis aufmerksam macht, daß im Falle der Rückverhandlung gungswweise Entseerung des Düngematerials auf Rechnung und Gefahr der betreffenden Besitzer erfolgen wird.

Die neue Wirtspolizeiverordnung. Der Polizeipräsident hat mit Zustimmung des Magistrats unter dem 15. d. M. eine mit dem 1. April a. N. in Kraft tretende Polizeiverordnung erlassen, nach welcher nichtalkoholische Nahrungs- und Genussmittel im Handelverkehr nur nach Gewicht, Stillschicht und Bündelzahl verkauft werden dürfen.

Der Ballon Schleifen, der in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag um 12 Uhr im Hirschberg aufgeklippt war, landete Sonntag gegen 1 1/2 Uhr statt bei Bitterfeld, nachdem er bei Mudenberg bereits eine Zwischenlandung voranommen hatte.

Zu der Notwehr erschossen. Der Fleischermeister Mengler aus Carlowitz befand sich Montag Abend gegen 11 Uhr auf der Heimfahrt von einer Geschäftsreise bei Deutsch-Wissa. Bei Nittenhahn traf er auf der Chaussee eine Anzahl von polnischen Hiesigkeitsarbeitern, die eine Frau belästigten.

Aufgefundene Wanneleiche. Am 14. d. Mts. wurde die Leiche eines unbekanntem Mannes auf der Feldmark Orlaschin (genanntem Niemanshöhe) aufgefunden. Der Tote, der sich vermutlich mit Pylot vermischt hat, da ein starker Pylotgeruch zu bemerken war, ist etwa 35 bis 40 Jahre alt, 1,55-1,60 Meter groß gewachsen.

Ein raffiniertes Juwelendiebstahl nach dem Muster des jüngst in Breslau verübten, ist in der Montag-Nacht in Samburg ausgeführt worden. In der Bergstraße 25, der Verlängerung vom Jungfernstieg, wurde in dem Juwelengeschäft von Tim in ein Einbruch ausgeführt, bei dem Juwelen und Goldsachen und zwar nur die ausgepacktesten Waren, gestohlen wurden.

Strafensankte. Auf der Schmiedebrücke wurde vorgestern eine siebenjährige Schülerin von einem Radfahrer umgefahren und erlitt eine Verletzung am Hinterkopf. Ein Bierwagen fuhr vorgestern auf der Kobelstraße ein vierjähriges Mädchen um, das eine schwere Verletzung eines Oberschenkels davontrug.

In bewußtlosem Zustande aufgefunden wurde am Sonntag im Wäldchen der Kohlenstraße 14 wohnhafte Arbeiter Emil Strauß; er mußte mittels Krankenwagens nach dem Allerheiligenhospital geschafft werden.

Bermißt wird seit dem 7. d. Mts. der 61 Jahre alte, zuletzt Bärenstraße Nr. 2 wohnhafte gewesene Monteur Wilhelm Diermehle. Der Bermißte ist etwa 1,72 Meter groß, hat hellblondes Haar, braune Augenbrauen, graue Augen, lichtenhäutige Zähne, längliches Gesicht, schlankes Gestalt und blonden Schnurrbart.

Fahradiebstahl und sein Ende. In den letzten Tagen wurden folgende Fahrräder gestohlen: Antar Nr. 184533, Orjan Nr. 87595, Stadel Nr. 26769 und Nr. 6001, Weil Nr. 62716, ferner nachstehend verzeichnete Räder ohne Nummer: Warburg, Viktoria, Hertha und ein Rad Nr. 136198.

Bestrafung wurde ein Verrent, Marie Geros, mit schwarzem Hut, schwarzen Fingern und gesticktem Vorderarmel. Gefunden wurden nachstehend verzeichnete Räder: Brandenburg Nr. 40804, Premier Nr. 7, Nummer unbekannt, Brennador Nr. 12. Die Eigentümer dieser Räder wollen sich im Zimmer 61 des Polizeipräsidenten melden.

Gefunden wurden eine Sternmarke, eine goldene Damenuhr, ein Vincenes, eine Schmuckkette, ein goldener Ring, zwei Bräutchen mit Perlen, eine goldene Brosche, ein Paar Schmuckringe, ein Duitinghohler, ein Handkürschien, ein Paar entfaltete Kleidungsstücke und ein Regenschirm. Abgeholt im Embassareum des Polizeipräsidenten.

B. Durr, Friedrichstraße 17, ...

Erscheint 8mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkauf empfehles.

10% Rabatt bei Bestellungen...

Alkoholfreie Getränke - Bilz-Sinaloo -

Bäckereien und Konditoreien

Baderanstalten

Bandagisten

Berufskleidung

Bier-Brauerien, Bier-Verleger

Brauerei Ruppert am Hühnerbaum

Brauerei Union-Brauerei

Brauerei Kaiser, E. Kreslau

Brauerei Hopf & Görke, Breslau

Fahrräder, Nähmaschinen

Färbererei u. Wäscherei

Fleischereien u. Wurstfabriken

Frisuren und Barbieren

Garten- u. Tischdecken

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Gewand- u. Kleiderstoffe

Hygienische Artikel, Gummwaren

Kinematographen

Kleiderstoffe, Selenwaren

Kohlen u. Sriketta

Kolonialwaren

Konfitüren und Schokoladen

Korsetts

Lederwaren und Sattlerei

Linoleum, Wachstuche

Malzkaffee

Nähmaschinen

Optiker

Papier- und Schreibwaren

Pflanzenfett

Peitzwaren

Photographische Ateliers

Putz, Modes

Restaurants

Restaurants

Restaurants

Schneiderei-Artikel

Schuhwaren und Schuhmacher

Schuhwaren und Schuhmacher

Seifengeschäfte

Trauer-Kleidung

Vereins-Verlosungen

Vogelfutter

Uhren und Goldwaren

Uhren und Goldwaren

Uhren und Goldwaren

2. Generalversammlung des Gesamtverbandes preußisch-deutscher Vororte.

Charlottenburg, 15. Oktober.

Der Gesamtverband preußisch-deutscher Vororte, der im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. gegründet worden ist, hielt, wie gemeldet, am Sonnabend im Stadtverordnetenversammlungssaal des Charlottenburger Rathauses seine 2. Generalversammlung ab. In seinem Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Verbandes im letzten Jahre führte Gemeindevorsteher Dr. Dierschke-Brodau bei Breslau aus, daß der Gesamtverband keine Kampforganisation gegen die Großstädte sein soll. Uns kommt es vielmehr darauf an, gemeinschaftliche Aufgaben gemeinsam mit den Großstädten zu lösen. Erfreulich ist, daß wir von den Großstädten jetzt nicht mehr bloß als Objekte angesehen, sondern auch vielfach mit zu den Vorarbeiten herangezogen werden. Erfreulich wäre eine noch engere Fühlungnahme des Verbandes mit den Berliner Vororten. (Beifall.)

Darauf berichtete Erster Bürgermeister Dr. Velian-Eilenburg über die Tätigkeit der von der vorigen Generalversammlung am Studium der Verwaltungsreform eingesetzten Kommission:

Die Behörden sind des Volkes wegen da

und daher müssen die Behörden den veränderten Verhältnissen entsprechend umgestaltet werden. Preußen ist nur noch zum Teil ein Agrarstaat und deshalb müssen wir die preußische Verwaltung so umgestalten, daß von ihr gesagt werden kann: Die preußische Verwaltung in Deutschland voran! Die Verwaltungsreform muß eine großzügige Reform werden. Alles Uebermaß von Schreiwesen, von Inflationen, von unübersichtlichen Formellramen muß beseitigt werden. Es müssen die neuen Kräfte, die in unseren Volk vorhanden sind, zur Arbeit an der Verwaltung herangezogen werden, damit das Staatswesen nicht Schiffbruch leidet, wie es militärisch Schiffbruch erlitten hat vor hundert Jahren, als Preußen auf den Vorbeeren Friedrich des Großen ausruhte. In dem Existenzkampf der bürgerlichen Gesellschaft muß es heißen: Alle Mann an Bord! Auch die Frauen müssen zur Mitarbeit herangezogen werden. Das alte Land muß Verwaltungstechnik von Grund auf reformiert werden. Die Selbstverwaltung unserer Landgemeinden ist heute nur eine Scheinbare. Die ehrenamtlichen Bürgermeister sind den veränderten schwieriger gewordenen Verhältnissen nicht mehr gewachsen. Die heutige Landorganisation stammt aus den 70er Jahren. Heute handelt es sich darum, die bürgerliche Monarchie auf mindestens 200 Jahre sicher zu stellen, sonst fällt der Feudalstaat zusammen und reißt alles andere mit sich in den Abgrund. Man wollte schon größere Verbände auf dem Lande schaffen. Heute hat man mit größeren Verbänden in Rheinland-Westfalen gute Erfahrungen gemacht. Der neue Minister des Innern soll ein Zweckerbändegeleise planen. Auf diesem Wege wird aber nur wenig zu erreichen sein. Es muß ganze Arbeit verrichtet werden. Man sollte das ganze Land über ganz Preußen in Landbürgermeisterkreise auflösen und diesen Stadterrechte verleihen. Auch die Eintragung der Güterbezirke würde keine Schwierigkeiten machen, wie die Eingemeindung vieler großer Güterbezirke in Stadtkreise beweist. Diese neuen Landbürgermeister müßten direkt dem Regierungspräsidenten unterstellt werden und

nicht mehr vom Landrat irgendwie abhängig sein.

Die Schaffung wirklich leistungsfähiger Verbände auf dem Lande würde auch die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Verteilung der Schul- und Armenlasten aus dem Wege räumen. Die Steuerveranlagung muß ganz von der Verwaltung getrennt werden. Der heutige Zustand, daß der Landrat, der Träger der politischen Gewalt, auch die Veranlagung zur Steuer in der Hand hat, hat schlimme Mißstände mit sich gebracht. Größere Gesichtspunkte müssen beim Wegebau plaßgreifen. Die geheimen Personalakten müssen verschwinden, die Vorgesehenen müssen Label auch ihren Untergebenen gegenüber verteilen können. Ferner wäre wünschenswert die Schaffung einer Zentralstelle, die die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnungen zu prüfen hätte. Die heute bestehende Rechtsunsicherheit macht eine derartige Zentralstelle dringend wünschenswert.

Front gemacht muß werden gegen jede Ausdehnung der Befugnisse des Landrats. Der Landrat ist heute der Träger der politischen Macht, und es gibt Störungen, die seine Position noch verstärken wollen. Es besteht die Befürchtung, daß die heutige Landtagsmehrheit auch größeren Städten die Selbstverwaltung streifen und diese Rechte dem Landrat übertragen wird. Daher müssen wir alle auf der Hut sein. Abenat confutes! Wir müssen uns hüten vor einer Scheinreform, wir müssen ganze Arbeit machen. (Lebhafter Beifall.)

Debattelos gelangte ein Antrag zur Annahme, in dem die Generalversammlung die Vorschläge des Referenten für eine geeignete Grundlage zu einer großzügigen Verwaltungsreform erklärt.

Landtagsabgeordneter Stroffer: Ich möchte, nachdem derart scharfe Angriffe auf den Landtag gerichtet worden sind, bitten, ausdrücklich feststellen zu dürfen, daß ich mich hier lediglich als Zuhörer befinde.

Vorsitzender Gemeindevorsteher Dr. Dierschke: Es hat uns selbstverständlich ferngelegen, den Landtag irgendwie zu beleidigen. Wir haben auch keinerlei Angriffe gerichtet auf die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten.

Erster Bürgermeister Velian-Eilenburg: Gegenüber der Bemerkung des Herrn Stroffer möchte ich doch darauf hinweisen, daß in den Stadtkreisen erste Sorge wegen Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung herrscht und daß wir außerordentlich auf der Hut sein müssen. Das ist nicht nur hier gesagt worden, sondern noch viel deutlicher beim Jubiläum der Städteordnung in Königsberg in Gegenwart des preußischen Ministers des Innern. Dadurch hat sich aber der preußische Minister des Innern in keiner Weise beleidigt gefühlt, sondern gesagt, er werde kein Verehrer der Selbstverwaltung sein. Wir treiben hier keine Politik, sondern mit der Zustimmung zu meinem Referat erklären wir lediglich, daß wir die uns heilige Selbstverwaltung in keiner Weise antastend lassen wollen. Persönlich stehe ich allerdings auf dem Standpunkt, daß

von der heutigen Mehrheit des Abgeordnetenhauses

die Befürchtung gehen muß, daß sie die Rechte der Städte noch mehr verkleinern will.

Vorsitzender Dierschke: Wenn wir anderer Ansicht sind, als die Mehrheit eines Parlaments, dann beleidigen wir damit doch in keiner Weise das Parlament. Bemerkungen müssen allerdings, daß wir zum Beispiel mit unseren Verkehrenswünschen Gegenteile gefunden haben beim Herrenhaus und auch bei der Regierung, und daß der Gemisch immer nur das Abgeordnetenhaus war. (Sehr richtig!) Ich habe wiederholt Abgeordneten gegenüber, die mir politisch nahestanden, erklärt, wie verstanden gar nicht, wie das Abgeordnetenhaus auf einem solchen Standpunkt stehen kann. Darin hat niemand eine Beleidigung gesehen. Unsehbar ist doch auch das preußische Abgeordnetenhaus nicht. Wir dürfen kritisieren und beleidigen damit niemand. Ich habe dem Mitglied der Immediatkommission, unserem früheren Oberpräsidenten von Jedlich-Trühstler, gegenüber schärfste Kritik an unserer jetzigen Verwaltung geübt, ohne damit in Gegensatz zu dieser Verwaltung zu treten. In der freien Kritik darf niemals eine Beleidigung gesehen werden. Wenn die Abgeordnetenhausmehrheit den Vorwurf als ungerechtfertigt empfindet, daß sie staatenfeindlich ist, dann müssen wir mindestens sagen, daß sie nicht sonderlich staatenfeindlich ist. (Zustimmung.)

Landtagsabgeordneter Stroffer: Ich will Ihnen in keiner Weise das Recht bestreiten, Angriffe gegen das Abgeordnetenhaus zu richten. Wir im Abgeordnetenhause sind wahrlich die schärfsten Angriffe gewöhnt. Ich wollte lediglich zum Ausdruck bringen, daß ich als Gast hier bin und, da keine Debatte stattgefunden, erklären, daß ich mit den Ausführungen des Referenten nicht in allen Teilen einverstanden bin.

Damit war dieser Zwischenfall erledigt und es wurden eine Reihe Anträge angenommen, darunter ein Antrag, der erneut beim preußischen Eisenbahnministerium eine Ermäßigung der Eisenbahntarifen von Vororten auch nach den Großstädten verlangt.

Über den zweiten Teil der Verhandlungen, in dem Stadtbaurat Berg-Breslau sich gegen den Verkauf des Tempelhofer Feldes wandte, haben wir gestern bereits berichtet.

Der Landratsprozeß in Greifswald.

In der Fortsetzung der Verhandlung kommt noch einmal der Tiergarten des Landrats zur Sprache. Landrat B. ist zu sahn bleibt dabei, daß er die Errichtung dieses Tiergartens bloß im Interesse des Kreises angeregt habe. Daß er ein solches, in dem bisher die Kontrollversammlungen stattgefunden hätten, für ungeeignet erklärt habe, gab er zu, doch bestritt er dabei aus politischen Gründen gehandelt zu haben. Das Lolal wurde nur deshalb für ungeeignet befunden, weil es zu dunkel war. Ueber die Dunkelheit des Lolals ließ sich auch der Bezirkskommandeur, Oberstleutnant Stegner aus. Allerdings mußte er zugeben, daß ihm der Landrat mitgeteilt hat, daß der Wirt dieses „dunklen Lolals“ liberal sei. In einem weiteren Falle wurde festgestellt, daß der Landrat als Ehrenmitglied der Schützengilde verlangt, daß ein Mitglied namens Kates aus der Gilde entfernt werden müsse, weil er kein Lolal den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften zur Verfügung stelle. Als königlicher Beamter und Referendar habe er nicht Mitglied einer Gesellschaft sein können, zu der ein solcher Mann Mitglied war. Als später der Wirt dieses versprochen hatte, sein Lolal zu solchen Versammlungen nicht wieder herzugeben, wurde er wieder als Mitglied in die Schützengilde aufgenommen. Später kam dann das Referendariat des Lolals zur Sprache, das nach einem anderen Lolal besetzt wurde, weil im früheren Lolal liberale Versammlungen stattgefunden haben. Der Landrat erklärte, daß er sich weigere, in einem Saal ein Kaiserhoch auszubringen, in welchem eine Verherrlichung zwischen Liberalen und Sozialdemokraten stattgefunden habe. Der Landrat erklärte dann weiter noch, daß er es ablehne, Sozialdemokraten in seinem Bureau zu empfangen. Daß er gegen liberalen Wähler agitiert habe, bestritt der Landrat, nur mußte er zugeben, daß er in einem solchen Falle sich bei dem Wirt nach erkundigt habe, weshalb er ein liberales Blatt halte.

Am 4. Verhandlungstage brachte die Jugendvereinsverwaltung wieder zahlreiche Belege für die politische Tätigkeit der preußischen Landräte. Daß Lolale boykottiert werden, in denen liberale und sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, steht wohl nun absolut fest. Ebenso, daß heute verfolgt werden, die im Verdacht stehen, liberal zu sein, oder deren Namen den Verdacht sozialistischer Bestimmung aufkommen läßt. Die Frau des verstorbenen Tierarztes Arheim befindet als Zeugin: Ihr verstorbenen Mann sei vom Landrat vielfach durch Rabelschpölkitt gedrängt worden. Ihr Mann sei nicht politisch tätig gewesen, wählte aber stets konservativ. Daß ihr Schwiegervater, ein 80-jähriger Mann, Vorstand eines liberalen Vereins gewesen, habe der Landrat ihrem Mann vorgehalten. Der Landrat habe auch bei ihrem Mann, als er ihn engagieren wollte, schriftlich angefragt, ob er zugeben, da der Name Arheim jüdisch klinge.

Verteiger und Replikante des Preisblattes geben als Zeugen an, daß der Landrat nur über den amtlichen Teil des Preisblattes verfüge. Der frühere Besitzer des Preisblattes, Kleinowitz, muß aber zugestehen, daß der Landrat ihm bei der Erlangung eines beleibigten Artikels gegen einen Liberalen, Dr. Wentorp behilflich gewesen ist. Die Preisblätter nahmen Wahlversammlungsanzeigen von Liberalen und sozialdemokratischer Seite nicht auf, weil sie fürchteten, daß ihnen der Vertrag mit der Regierung gelündigt werde. Zeuge Dr. Wentorp, Rittergutsbesitzer, sagt aus, er habe eine Genossenschaft zur Errichtung eines Elektrizitätswerkes gründen wollen. Die Gründung soll der Landrat auch aus politischen Gründen hintertrieben haben. Tatsachen weiß der Zeuge nicht anzuführen, er hat nur den Eindruck, daß das Unternehmen durch Maßnahmen des Landrats zum Scheitern gebracht wurde. Die Verleumdung will hierfür noch weitere Zeugen ins Feld führen.

Daß der Landrat seinen Aufseher und eine Anzahl bestraffter Personen als Gutsvorsteher bestellte, während er die Befähigung solchen Männern verweigerte, die im Verdachte oppositioneller Gesinnung standen, gibt er zu. Nur macht er für seine Auswahl der Gutsvorsteher den Mangel an geeigneten Personen geltend.

Eine Reise durch den Orient.

Briefe von Parvus.

Wenn man mit der Eisenbahn Semlin, dem österrösterreichischen Grenzort, sich nähert, erblickt man auf dem anderen Ufer der Donau, an der Mündung der Save, ganz nahe, gleichsam mit den Händen greifbar, die serbische Hauptstadt. Belgrad, „die weiße Stadt“, liegt an der Sonnenseite, frei und offen, seinem Gegenüber sichtbar bis in das kleinste Gäßchen, friedlich und arglos, wie ein Kind, und man kann sich kaum denken, daß erst vor zwei Jahren man nahe daran war, Festungsgehäuze aufzuführen zu lassen, um dieses weißschimmernde Jbhl zu zerstören! Im Falle eines Krieges müßte Belgrad sofort geräumt werden, oder es wäre von Oesterreich zusammengeschoffen worden; man ist sich darüber in Serbien durchaus klar. Belgrad ist aber nicht bloß die Hauptstadt, es ist die einzige größere Stadt Serbiens, das kommerzielle, industrielle und kulturelle Zentrum. Der Krieg würde also für Serbien mit der Preisgabe des Handels und der Kultur, dem Rückzug in die Berge und Wälder beginnen. Die erste Wirkung des Krieges wäre der Rückfall in das Barbarentum, und doch sind es gerade die serbischen Intellektuellen, die die Wortführer des Krieges waren und noch geblieben sind. Denn die Kriegsstimmung in Serbien ist noch immer stark. Serbien ist gezähmt, aber nicht beruhigt. Dies der allgemeine Eindruck, den ich bis jetzt empfangen habe.

Ich habe mich zuerst an die Vertreter unserer serbischen Bruderpartei gewendet, und fand ein herzliches, kameradschaftliches Entgegenkommen, das mir untergeordnet bleiben wird. Das geistige Band des Sozialismus bewirkte es, daß ich mich in diesen Kreisen von der ersten Stunde an heimisch fühlte. Wir mußten, daß wir den gleichen großen Kampf der Arbeiter kämpften, daß wir gleiche große Interessen zu vertreten haben, das brachte uns in unserer Denk- und Gefühlswelt zusammen. Besonders die Genossen Tucowitsch und Lapcewitsch scheuten keine Mühe und Zeit, um mir die gewünschten Informationen und Verbindungen zu verschaffen. Durch ihre Vermittlung trat ich in Verbindung mit gegenwärtigen und früheren Mitgliedern des Ministerkabinetts, auch mit dem Ministerpräsidenten Paschitsch, mit Vertretern der Banken, der Industrie und des Handwerks, und führte mit ihnen stundenlange Besprechungen. Von einigen, vor allem von allen offiziellen Persönlichkeiten, wird es bestritten, von anderen dagegen zu-

gegeben, daß der russische Einfluß den Nordpatriotismus förderle. Die serbischen Zeitungen berichteten von russischen Regimentern, die bereits an die galizische Grenze marschierten, vertraulich wurden aus Regierungskreisen Gerüchte verbreitet, daß Russland Versprechungen an Serbien gemacht habe. Das stimmt ja auch mit der damaligen Haltung der russischen offiziellen Presse überein und mit der Diplomatie des Zarentums, bis zu dem Augenblick, wo die bekannte schroffe Wendung bezw. der Zusammenbruch eintrat. Doch wird von allen, auch von unseren Genossen berichtet, daß eine Massenbewegung bestand, die die leitenden Personen — einzelne Mitglieder der Regierung und auch das Offizierskorps waren gegen den Krieg — niederzurennen drohte. Der Vorwurf gegen die russische Diplomatie wäre demnach der, daß sie in der kritischen Zeit in einer gewissenlosen Weise die nationalitätliche Erregung schürte, die bel nahe einen Weltkrieg entzündete. Die zarische Diplomatie hat ein nur viel zu leichtes Spiel in Serbien.

Frägt man nach den inneren Gründen der Volkstimmung, so sieht man vor allem auf ein großes Mißtrauen zu Oesterreich. Es wird allen Ernstes behauptet, Oesterreich gehe darauf hinaus, Serbien zu annektieren. Der Gedanke erscheint der Öffentlichkeit, besonders in Deutschland, wo man die Vorgänge auf dem Balkan noch immer in der Perspektive, „dort weit hinten, in der Türkei“, betrachtet, durchaus fremd. Den Leuten hier gehen aber diese Dinge sehr nahe an; sie übertreiben deshalb leicht nach der anderen Seite. Auch legt man hier ein ganz besonderes politisches Gewicht auf Privatäußerungen regierender Persönlichkeiten. So wird eine angebliche Äußerung des Kaisers Wilhelm II. kolportiert: „Wir müssen über Serbien hinweg“. Auf den Vorhalt, daß doch die Politik in parlamentarischen Ländern nicht von einzelnen Persönlichkeiten gemacht werde, wird entgegnet, daß man den Einfluß der Wölfer in der auswärtigen Politik sehr wenig zu merken bekomme. Unbedingt würde ein stärkeres politisches Hervortreten der Volksmassen in den Großstaaten schon durch diese Tatsache allein bedeutend auf die Gemüter in den kleinen Ländern wirken.

Die Forderung der nationalen Einigung Serbiens wird in allen Tonarten erdrückt. Es gibt hier Nationalisten, die als Geschäftleute einen durchaus nüchternen Verstand entwickeln, aber in der Frage der Einigung aller Serben überhaupt mit keinen Schwierigkeiten rechnen wollen. Mit rollenden Augen und stolender Stimme rufen sie ihre Argumente aus und überschreien die ihnen unabweimenden Tatsachen. Diese Gemütspolitiker

laufen leicht die Gefahr, die Arbeit des von ihnen so sehr gehafteten Oesterreich zu besorgen. Denn die nationale Einigung der Serben läßt sich ebensowohl als Angleichung Bosniens an Serbien, wie umgekehrt denken. Auch diese Eventualität wird keineswegs schlechtweg zurückgewiesen, sondern ernstlich in Erwägung gezogen. Die Analogie mit den Buren, die nach dem verlorenen Kriege unter Englands Herrschaft zur Einigung gelangten, liegt ja sehr nahe. Als Gegenargument wird die Wirtschaft Oesterreichs in Bosnien und Kroaten, über die horrenden Sachen erzählt werden, angeführt. „Einem demokratischen Oesterreich gegenüber — so heißt es —, das die Entwicklung der einzelnen Nationen sichern würde, wäre unser Verhalten ein anderes“. Am häufigsten aber zieht man sich darauf zurück, daß Serbien einen Ausgang zum Meere brauche. Der serbische Seehafen läßt die Ideen der sprachlichen, kulturellen Einheit, des gemeinsamen Geschicks der Nation, verschwinden, und die Menschen werden preisgegeben, wenn nur die Möglichkeit winkt, das serbische Vieh auf serbischen Dampfern zu verfrachten. Um dieses Interesse zu begreifen, muß man sich die wirtschaftliche Entwicklung Serbiens in den letzten Jahrzehnten vergegenwärtigen.

In dem Unabhängigkeitskriege hat das serbische Bauerntum mit der Feudalherrschaft aufgeräumt und sich in den Besitz des Grund und Bodens gesetzt. Seitdem trat eine starke Bodenpersplitterung ein. Die Mehrzahl besitzt 5 Hektar und weniger. Das bedeutet bei der relativen geringen Anbaufläche und Ernteerträgen, die kaum die Hälfte des deutschen Durchschnitts erreichen, eine Partzellenkultur. Auf anderer Seite findet — was allgemein betont wird, ein Landkataster fehlt — eine bedeutende Erweiterung des Grogrundbesitzes statt. Eine Einschränkung der Rindviehzucht wurde schon für die Periode 1900/05, also noch vor dem Zollkrieg mit Oesterreich, statistisch festgestellt.

Es wächst die Zahl der Bauern, die kein Vieh besitzen. Es wächst die proletarische Masse, die, da sie keinen Abzug nach der Industrie findet, als Bauer, als Dumme, unproletarier begreift. Die Kleinbauern kämpfen um ihre Existenz, und da keine Landfrage mehr zu lösen ist, geraten sie in eine besessene Stimmung. Das ist die Masse, die man leicht zu politischen Abenteuer hinführen kann: heute für den Nationalismus, morgen vielleicht — obwohl das im Hinblick auf den demokratischen Sinn des serbischen Bauern bestreiten wird — für Sozialismus.

Der Kapitalismus hat nach Serbien aus Oesterreich...

Parteiangelegenheiten.

Die Wrauen auf! Unter diesem Titel gibt die Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., Gumpendorferstraße 18 ein Erinnerungsbuch...

Ein sozialistisches Tageblatt in England. Aus London wird geschrieben: Das so lange ein unerreichbarer frommer Wunsch war, soll nun endlich der Wirklichkeit näher geführt werden...

Arbeiterbewegung.

Drohende Schuhmacher-Aussperrung. Die Schuhfabrik von Adolf Tsch in Leipzig hat ihren sämtlichen 300 Arbeitern gekündigt...

Straßenbahnerstreik in Bremen. Der Vorsitzende des Einigungsamtes fung bei den Parteien an, ob eine Vermittlung ermittelbar sei...

Die sozialdemokratische Bürgergenossenschaft brachte in der Bürgerkammer den folgenden Antrag ein: Die Bürgerkammer möge beschließen: Die Bürgerkammer ersucht den Senat...

Die städtischen Arbeiter in Straßburg i. E. stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern je nach der Beschäftigungsart der Arbeiter Grundlöhne von 3,80 Mk. bis 5 Mk.

altersmäßig. Durch die Frage der Altersgrenze, die der neue einbürgerliche Gemeinderat...

Der Streik der Steinmetzen bei der Firma 'Hoch' in Austerbrunn konnte mit Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Erst schlugen alle Versuche, die Differenzen gütlich beizulegen...

In der Teppichweberei von Hermann Nag in Delants i. S. sind Lohnbifferenzen ausgebrochen. Das Bestreben der Firma geht dahin, die organisierten Weber abzuschieben...

Achtung, Buchbinder und Sticker! Die Buchbinder und Sticker der schlesischen Buchbinderkammer...

Achtung, Gold- und Silberarbeiter! In einer äußerst rasch beschleunigten Versammlung am 14. d. Mts. haben die in der Forstheimer Kettenindustrie beschäftigten Arbeiter...

Schlesien, Posen und Raabvorgebiete.

Beiskowitz, 18. Oktober. Das Lokal von Pohl steht nach Verhandlungen, die am Sonntag stattgefunden haben, für die Arbeiter unabweisbar offen...

Neumarkt, 17. Oktober. Die Maßnahmen der Polizei gegen Genossen Wählerschick kamen am Sonntagabend im Gasthof 'Zum gelben Löwen' in einer Protestversammlung zur Sprache...

Posen, 18. Oktober. Der Rmielecki-Prozess vor dem Reichsgericht. Im Prozess Rmielecki hat das Reichsgericht Termin auf den 23. Februar 1911 angesetzt...

Schweden, 18. Oktober. Verhaftung. Dem schwedischen Gerichtsgangamt eingeliefert wurde der Professor Oakeri der Universität der Firma Gustav in Reichensbach...

Andowa, 18. Oktober. Zwei Bergleute getötet. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Kohlengrube in Klein-Schwadowitz...

Regau, 18. Oktober. Ein Akt großer Rohheit ereignete sich am Sonntagabend gegen 9 Uhr auf der Burgstraße. Aus einer Desillusion wurde ein Mordanschlag an die frische Luft geleitet...

Kosten (Wosen), 18. Oktober. Zur Reichstagswahl in Wahlkreise Pul-Kosten-Gräb-Neukomische. Zu der am 4. November stattfindenden Wahl haben nunmehr die Parteien ihre Kandidaten aufgestellt...

Posen, 18. Oktober. Der Rmielecki-Prozess vor dem Reichsgericht. Im Prozess Rmielecki hat das Reichsgericht Termin auf den 23. Februar 1911 angesetzt...

Bromberg, 18. Oktober. Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht vom Sonntag auf Sonntag bei einem Kaufmann in der Hermann-Frankestraße verübt...

Fraustadt, 18. Oktober. Ein neuer Gaunertrick. Zu einem heiligen Geistlichen kam dieser Tage ein auswärtiger Mann von ziemlich gutem Aussehen und sprach um eine Gabe an...

1905 gab sich Oesterreich alle Mühe, Serbien an sich wirtschaftlich zu fesseln. Auch darin werden Anknüpfungsgelüste erwidert. Die meiste soziale Befreiung hatte aber nicht der österreichische Handel...

Es gelang dem österreichischen Handel nicht, seine herrschende Stellung in Serbien aufrecht zu erhalten. Er mußte sich in die Einfuhr nach Serbien immer mehr mit den anderen Industrieländern teilen...

Der Zollkrieg hat die Handelsentwicklung, die bereits vor ihm stattfand, mit Gewalt gestoppt. Das angesammelte Kapital, die erworbenen Handels- und Sprachkenntnisse...

Table with 3 columns: Year (1894/95, 1899/1908, 1904/08, 1909), and a row for percentage of goods from Germany (9,31%, 16,23%, 20,75%, 39,14%).

Das sind beachtenswerte Zahlen. Denn die Zukunft Serbiens als Absatzmarkt ist von einer ganz anderen Tragweite, als Kongo oder Ostafrika. Und, um diesen Markt zu erreichen, braucht man keine Ozeane zu durchqueren...

Auch im Export wurden mannigfaltige neue Beziehungen angeknüpft. Im Viehhandel im besonderen trat Italien an Stelle Oesterreichs, ohne jedoch dieses vollkommen ersetzen zu können...

die Erntezuckerung des Getreidebaues und die Vermehrung der Schweinezucht. Das erstere deutet auf die Zunahme des Großbetriebes hin, das letztere auf jene der Kleinwirtschaften...

Politisch mußte der Zollkrieg die Mißstimmung unter den Bauern vermehren, während er zugleich das Selbstgefühl der Bourgeoisie steigerte. So hat denn der Zollkrieg — nach allgemeiner Meinung — der Kriegsstimmung vorgearbeitet...

Bei meinen Ausfragungen interessierte ich mich auch darum, was man hier über das jugtürkische Regime denkt. Ich fand, daß man in Serbien an die Stabilität der neuen Verhältnisse in der Türkei nicht glaubt — vielmehr nicht glauben will...